



Inhalt

Anette vor Ort

Landgasthof Büchenbach	Seite 2
Verabschiedung Limmer	Seite 3
OV Eckersdorf	Seite 4
AG 60plus Land	Seite 5
Martin Schulz in Hof	Seite 6
OV Heinersreuth	Seite 7
AG 60plus Stadt	Seite 8
Autohäuser	Seite 9
Aschermittwoch in Bayreuth	Seite 10
Investitionskonferenz	Seite 11
Polizeiinspektion BT Land	Seite 12
Pokerturnier Jusos Bindlach	Seite 12
Klinikum Ebermannstadt	Seite 13
Glen Dimplex	Seite 14
Thönnes in Hof	Seite 14
Gespräch zum Arbeitsmarkt	Seite 15
Postfiliale Plech	Seite 16
Empfang Bad Berneck	Seite 16
Burg Pottenstein	Seite 17
Neujahrsempfang Bayreuth	Seite 18
Besuch Rosenthal	Seite 18
Gespräch mit IHK	Seite 19
Ganztagesklasse Pegnitz	Seite 20
Neujahrsempfang Forchheim	Seite 20
Essen für Bayreuther Tafel	Seite 21
OV Altenplos	Seite 22
Gemeindebesuch Pretzfeld	Seite 23
Listenaufstellung Bezirk	Seite 23
Nominierung	Seite 24
Gespräch Connect	Seite 24
Insolvenzberatung Caritas	Seite 25
Bayreuther Dienste	Seite 26

Pressemitteilungen ab Seite 27

Termine ab Seite 36

Nordbayerische Nachrichten vom 23. März 2009

Viel Herzblut beim Beck'n

Schwer beeindruckt zeigte sich der Münchner SPD-Europaabgeordnete Wolfgang Kreissl-Dörfler nach seinem Besuch im Landgasthof Herold. Zusammen mit MdB Anette Kramme sprach der Agrarexperte während seiner Oberfranken-Tour mit Braumeister Hans Herold über EU-Verordnungen und deren Auswirkung auf Landgasthöfe.



Beim Rundgang durch das Schlachthaus und Brauerei sah der gelernte Landwirt auf den ersten Blick, dass beim „Beck'n“ sauber gearbeitet wird. „Ein vorbildlicher Schlachtraum, man merkt, dass hier viel Herzblut dabei ist.“

Was dem Europaabgeordneten immer wieder sauer aufstößt ist, dass vieles, was den Landwirten, Metzgern und Gasthausbetreibern auf dem Land von Seiten der Behörden an Vorschriften und Auflagen auferlegt wird, von der EU so gar nicht gewollt ist.

„Wir haben viel Spielraum gelassen,

die Behörden vor Ort könnten viel freier mit den Reglements umgehen. Oftmals fehlt dazu der Wille.“ Kleinere Landwirte oder Metzger hätten schon aus der Berufsethik heraus kein Interesse daran, unsauber zu arbeiten, denn sie wollen ihren Kunden schließlich einwandfreie Ware anbieten.

„Wir müssen aber schon sehr darauf achten, die schwarzen Schafe streng zu überwachen, vor allem bei großen Schlachtbetrieben müssen wir ganz genau hinsehen und Missstände aufdecken“.

IMPRESSUM

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:

Anette Kramme, MdB

Anschrift:

Bahnhofstraße 1

95444 Bayreuth

Tel.: 09 21 – 8 70 11 11

Fax: 09 21 – 8 70 12 54

info@anette-kramme.de

Redaktion:

Oliver Winkelmaier

oliver.winkelmaier@anette-kramme.de





Nordbayerischer Kurier vom 14. März 2009

Abschied von der „Lang-Schorsch-Braut“

„Eigentlich ist es kein Grund zum Feiern, eher eine traurige Erfahrung“, sagte SPD-Kreisvorsitzender Reiner Büttner beim Empfang für Dr. Angelika Limmer im Gößweinsteiner Pfarrheim, der eher eine Abschiedsfeier war. Da Limmer aus rein beruflichen Gründen nun nach Erlangen weggezogen ist, musste sie im Landkreis Forchheim auch ihre politischen Ämter als SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag und als Ebermannstädter Stadträtin abgeben.

Gekommen waren viele ihrer früheren Weggefährten. Einer davon, mit dem sie in Gößweinstein einst als zweite Bürgermeisterin eng zusammenarbeitete, ist Bürgermeister Georg Lang (CSU). „Die Art und Weise, wie sie Politik gemacht hat, war wohlthuend“, sagte Lang, der in seiner Eigenschaft als Vizelandrat Angelika Limmer eine von Landrat Reinhardt Glauber unterschriebene Urkunde als Dank und Anerkennung für ihr 13-jähriges ehrenamtliches Wirken als Kreisrätin übergab.

Fairness und das menschliche Miteinander stand bei Angelika Limmer immer im Vordergrund ihres politischen Handelns, hob Lang besonders hervor. Ihr Umgang mit dem politischen Gegner habe zu einem Wandel geführt, besonders in Gößweinstein. Gekommen waren zahlreiche Bürgermeister sowie Gemeinde- und Kreisräte, auch von der CSU und den Freien Wählern. Ein Zeichen dafür, dass Angelika Limmer auch beim politischen Gegner hoch geachtet wird. In Gößweinstein wurde ihr einst vorgeworfen, mit der CSU auf „Schmusekurs“ gegangen zu sein.

Da entstand sogar das geflügelte Wort von der „Lang-Schorsch-Braut“. Als sie 1980 in den kleinen Gößweinsteiner Ortsteil Sattelmansburg zog, begann quasi ihre politische Karriere. Allerdings noch nicht bei der SPD. Sie setzte sich



für einen Kindergarten in Wichsenstein ein, wurde dann Elternbeiratsvorsitzende der Volksschule Gößweinstein.

„Da wurde ich auf die junge Frau aufmerksam“, sagte der jetzige Gößweinsteiner SPD-Chef Georg Bauernschmidt, der auch in Sattelmansburg wohnt. „Die wäre doch was für die SPD“, dachte sich Bauernschmidt damals. Doch Angelika Limmer hatte mit Parteipolitik noch nicht allzu viel am Hut.

War ihr Schwiegervater doch Freie-Wähler-Bürgermeister in Hof. Schließlich konnte sie Bauernschmidt aber doch für die SPD gewinnen. 1995 übernahm Limmer den Vorsitz des SPD-Ortsvereins Gößweinstein, ein Jahr später kandidierte sie als Gößweinsteiner Bürgermeisterin und wurde gleichzeitig in den Kreisrat gewählt. Mächtig stolz sei die SPD auf sie gewesen, wurde sie doch bei der Gößweinsteiner Gemeinderatswahl

„Stimmenkönigin“, holte mehr Stimmen als alle anderen Kandidaten. Als sie 1996 Vizebürgermeisterin wurde, kannte sie keine Parteigrenzen. „Das ging so weit, dass wir sie schon manchmal etwas bremsen mussten“, so Bauernschmidt. 2001 musste sie wegen ihres Umzugs nach Ebermannstadt ihr politisches Amt in Gößweinstein ablegen.

Auch in Ebermannstadt war Limmer schnell im Stadtrat, blieb im Kreistag, wurde dort SPD-Fraktionsvorsitzende, kandidierte zweimal als Landrätin und einmal als Landtagsabgeordnete für die SPD. „Ihre politische Enthaltensamkeit wird nur wenige Wochen andauern“, meinte die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme. Angelika Limmer selbst bestätigte zwar, dass sie schon Kontakt mit dem Erlanger SPD-Ortsverein aufgenommen hat.

Frank-Walter Steinmeier





Nordbayerischer Kurier vom 13. März 2009

SPD geht kämpferisch ins Wahljahr

Kämpferisch und geschlossen präsentierte sich der SPD-Ortsverein Eckersdorf-Donndorf anlässlich der Jahresversammlung im Hotel Fantaisie.

Der SPD-Ortsverein freute sich über Zuwachs, so Vorsitzender Manfred Präcklein, der die beiden Neumitglieder Anette Hollwich und Berndt Zieher begrüßte. Damit gehörten dem Ortsverein 97 Mitglieder an, ein weiterer Anstieg werde erwartet. Im Zuge des Bundestagswahlkampfes will die SPD gleich ein Signal setzen für die Bürgermeisterwahl im April 2010. „24 Jahre Vetterleswirtschaft, Selbstbeweihräucherung und selbstherrliche Politik nach Gutsherrenart sind weiß Gott genug, mehr als genug.“

Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, dass der amtierende Bürgermeister endlich aufs Altenteil geschickt wird, bevor er noch einen finanzpolitischen Scherbenhaufen hinterlässt“, so Manfred Präcklein. Auf Bundesebene habe sich die SPD das ehrgeizige Ziel gesetzt, dank Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und Finanzminister Peer Steinbrück zur stärksten Partei zu werden.

Aufklärung fordert SPD-Fraktionsvorsitzender Reinhardt Schmidt in Sachen energetischer Sanierung der

Eckersdorfer Schule. Hier heiße es plötzlich, dass die Förderung geplatzt sei. Es gelte nicht nur die Regierung von Oberfranken dazu im Gemeinderat zu hören, sondern auch die fünf Bayreuther Bundestagsabgeordneten einzuschalten.

Überhaupt kursiere dieses Gerücht erst, nachdem sich die Gemeinderatsmehrheit für die Beauftragung eines örtlichen Architekten ausgesprochen habe. Ein Beschluss, der von der Rechtsaufsicht auf Vorstoß der Freien Wähler kassiert worden sei, da er Formfehler aufgewiesen habe. Dennoch bescheinigte die SPD nicht nur der CSU, sondern auch den Freien Wählern eine bessere Zusammenarbeit im Gemeinderat, seit Wolfgang Haida zum Dritten Bürgermeister gewählt worden sei.

Auch wenn es in den Reihen der Freien Wähler immer noch „Hardliner“ gäbe, in deren Köpfen weniger die Kommunalpolitik, als das Wohl der Freien Wähler herumspuke, so Manfred Präcklein. Ein kritisches Bild zeichnete er in Sachen Gemeindefinanzen.

Der Schuldenstand belaufe sich inklusive Geschäftsbesorgungsverträgen auf 10,4 Millionen Euro, darin noch nicht enthalten etwaige Neuverschuldungen. Getilgt würden in diesem Jahr rund 340 000 Euro, ein Geschäftsbesor-

gungsvertrag von knapp 1,1 Millionen Euro laufe aus. Dass die Gemeinde in diesem Jahr noch etliche Investitionen vornehme, liege nicht zuletzt an den nicht verbauten Haushaltsresten aus dem letzten Jahr. Eine freie Finanzspanne gebe es zwar, die sei jedoch durch Beschlüsse aus dem letzten Haushaltsjahr bereits weitestgehend verplant.

Zur Disposition stünden nur mehr rund 65 000 Euro, eine Vorhabensliste mit knapp einer Million Euro könne nicht ausgeführt werden, an Freisportanlage, Städtebau Lüchental/Hotel oder weitere Sanierung der Schule sei dabei noch gar nicht zu denken. Bundestagsabgeordnete Anette Kramme ärgerte sich, dass die Bürgermeister in Bayern wegen der Antragspflicht zum Konjunkturförderungsprogramm „zu Deppen gemacht würden“.

In anderen Bundesländern würden die Mittel automatisch an alle Gemeinden verteilt und mehr Mittel an die Kommunen weitergegeben. Positiv bewertete sie hingegen die beschlossenen Maßnahmen zum Kurzarbeitergeld. Angesichts von geschätzten 32 000 Kurzarbeitern in Oberfranken (von bundesweit rund 700 000) kämen die Verbesserungen maßgeblich dem Bezirk zugute.

Nordbayerischer Kurier vom 13. März 2009

Präcklein macht weiter

Manfred Präcklein wurde einstimmig für die nächsten beiden Jahre als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Eckersdorf-Donndorf bestätigt.

Mit ihm in die Zukunft gehen werden auch seine drei Stellvertreter Katja Meixner, Holger Bernreuther und Kai-Uwe Kehr. Die Kasse mit einem – wahlkampfbedingten – leichten Minus bleibt in den bewährten Händen von Wolfgang Adler, die Schriftführung bei Gusti Czerwinski. In Ämter gerufen wurden beide Neumitglieder.

So ist Berndt Zieher stellvertretender Kassier, Anette Hollwich stellvertretende Schriftführerin. Organisationsleiter ist Rein-

hardt Schmidt. Er wird wie die Gemeinderäte Alwin Linhardt und Stefan Zeitler dem Vorstand angehören. Beisitzer sind Peter Dreys, Adam Keller, Georg Hofmann, Barbara Kirsch, Günter Sommer, Emmi Kessler, Juliane Häusler, Norbert Pyritz, Volker Schill und Uta Schmidt. Revisoren wurden Renate Schmidt und Wolfgang Haida.

Vorstand und Mitglieder wollen das Gemeindeleben mit zahlreichen Veranstaltungen beleben. So gibt es unter anderem erneut den beliebten bunten Nachmittag für die Bewohner des Pflegezentrums Fantaisie und das Ostereiersuchen für die Kinder im Park Fantaisie.



Nordbayerischer Kurier vom 13. März 2009

Politik serviert bei Mundart und Fisch

Immer größer wird der Zuspruch, wenn es heißt, die Arbeitsgemeinschaft der SPD-Senioren 60 plus trifft sich zum Heringessen im Valentin-Kuhbandner-Heim in Speichersdorf. Der Vorsitzende Karl Hummel zeigte sich dementsprechend über die mehr als 100 Besucher hocheifrig, zumal auch mit SPD-Bundestagsabgeordneter Anette Kramme politische Prominenz vor Ort war.

„Die alten Sozialdemokraten halten noch zusammen“, lautete sein Motto. „Oberfranken muss wieder stark gemacht werden und deshalb brauchen wir hier keine politischen Importe.“ Für eine gelockerte Stimmung sorgte anfänglich Albin Summer, der in fränkischer Mundart nicht nur sich selbst vorstellte, sondern auch unterschiedliche Situationen fränkisch karikierte.

Der SPD-Ortsvorsitzende Hermann Eisenhut sprach die Hoffnung aus, dass die Begegnung in Speichersdorf eine Tradition werde und die Besucher alle gern wiederkommen. Dritter Bürgermeister Rudolf Heier (SPD) ging auf die dunklen Wolken ein, die über Rosenthal hingen.

Er sprach aber auch von Hoffnung, dass sich ein Interessent finde, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Monika Hohlmeier hätte auch in Speichersdorf ihr Domizil aufschlagen können, so Heier ironisch. Es gibt einen Flugplatz, keine

sprachlichen Hürden und man hat Erfahrung mit Integration – einen Export aus Oberbayern wolle man aber lieber doch nicht.

Bundespolitikerin Anette Kramme ging dann auf die Finanz- und Wirtschaftskrise ein und erläuterte die Ursachen, die vor allem mit Gier zu tun hätten. Hinzu komme das US-Kreditsystem. So wurden weltweit 40 Billionen verschossen. Sie sprach von den Bankkrediten, den staatlichen Kontrollen, der Abwrackprämie, aber auch dem Konjunkturpakt und dem Kinderbonus.

Rosenthal nannte sie ein deutsches Kulturgut und appellierte an die Zuhörer, gemeinsam für die Bundestagswahl 2009 zu kämpfen. Dann stellte sich Carlo Strauch, der Europakandidat der Oberfranken SPD vor. In der Europäischen Union müsse es klare Regeln und eine Kontrolle der Finanzmärkte geben, sagte Strauch.

Er sprach aber auch das Thema Mindestlöhne an. Die Linke habe sich in die Reihe der Europagegner eingereiht. Strauch erklärte, dass es mehr Mitspracherecht im Europaparlament geben, man Demokratie wagen und die Entscheidungsprozesse transparenter machen müsse.

„Im Mittelpunkt muss aber der Mensch stehen und nicht die Macht.“ Alle Mittel,

die nach Oberfranken kommen, werden von München aus verteilt und die regionalen Unterschiede seien in Bayern sehr groß. Hohlmeier, so Strauch, habe ein Mandat, das sie nicht verdient hat, schon wegen ihrer früheren Politik.

Sein Aufruf: „Wählt oberfränkisch!“ Schließlich sprach Steffen Hahn, Jurastudent und derzeit als Praktikant wissenschaftlicher Mitarbeiter von SPD-Landtagsabgeordnetem Dr. Christoph Rabenstein über demografische Probleme der Region um Hof und Wunsiedel. „Es wurden Dämme mit Löchern gebaut und man wundert sich, wenn die große Flut kommt“, stellte Hahn fest.

Es gebe leerstehende Stadtkerne, weil die Bevölkerung dort um zehn Prozent geschrumpft ist, und massive Probleme mit der Betreuung von Familien. Deshalb brauche man sich auch nicht zu wundern, wenn die Menschen abwanderten. Demografie und Wirtschaft hingen zusammen.

„Familie und Wirtschaftspolitik gehören zusammen und bedingen sich gegenseitig“, bekräftigte Hahn. Nach dem gesprochenen Wort ging man zu den Gaumenfreuden über. Angelika Fraunholz und Viola Eisenhut hatten in gewohnter Weise die Heringe mit den Pellkartoffeln vorbereitet, so dass sich alle vor der Heimreise stärken konnten.



Infos zum Thema:

Die AG 60plus versteht sich als Gruppierung der Älteren innerhalb der SPD, die inhaltliche Impulse und Anregungen für die SPD gibt und zugleich Vermittlerin zu den Älteren in anderen Organisationen, Verbänden und Institutionen sein will. Diese Vernetzung der Altenarbeit innerhalb und außerhalb der SPD findet durch unterschiedlichste Projekte und Initiativen statt.

Der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus gehören automatisch alle SPD Mitglieder ab dem 60. Lebensjahr an - das sind ca. 250.000. Eine formale Mitgliedschaft gibt es nicht. Darüber hin-

aus sind Nicht-Parteimitglieder und in der Seniorenarbeit Tätige, die das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zur Mitarbeit eingeladen. Die AG SPD 60 plus arbeitet eigenständig: Sie hat einen eigenen organisatorischen Aufbau - analog zum Aufbau der SPD - und sie fasst eigenständige Beschlüsse.

Die AG SPD 60 plus hat das Antrags- und Rederecht für den Parteitag auf der jeweiligen Ebene. Selbstverständlich können auch Kandidaten- und Wahlvorschläge eingebracht werden.

<http://www.ag60plus.de>



Eigenbericht vom 7. März 2009

„Das neue Jahrzehnt, Martin Schulz zu Gast in Hof“

Das Soziale Europa hat der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Martin Schulz, als Zukunftsmodell empfohlen. Es geht um Demokratie und Arbeitnehmerrechte.

"Im neuen Jahrzehnt werden wir auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass sich so ein Desaster wie die derzeitige Finanzkrise nicht wiederholen kann. Dafür müssen wir stärkste Fraktion im europäischen Parlament werden!"

Das Neue Jahrzehnt

Martin Schulz, Spitzenkandidat der Sozialdemokraten für die Europawahl am 7. Juni, hat auf einer Veranstaltung im Rahmen der Kampagne "Das Neue Jahrzehnt" in Hof auf die überragende Bedeutung Europas hingewiesen, um auch künftig Wohlstand und sozialen Zusammenhalt zu sichern. Denn die gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrhunderte könnten nicht mehr allein nationalstaatlich verteidigt werden, betonte Schulz. Stattdessen bedürfe es vernünftiger europäischer Regelungen.

Es müsse etwa darüber nachgedacht werden, bestimmte Spekulationsarten europaweit zu verbieten. Spekulationen

auf steigende Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise seien ein Skandal, der für viele Länder dramatische Folgen haben könne. "Wenn der Hunger der Einen der Spekulationsgewinn der Anderen ist, dann ist das ganze System pervers!"

Schulz zeigte sich überzeugt, dass Manager nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa umdenken müssen.

Denn solange diese nur am kurzfristigen Gewinn interessiert sind, leiden Gesellschaft und Umwelt. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament forderte die Einführung eines europaweiten Mindestlohnes und eine europäische Richtlinie zur Mitbestimmung.

Die Übertragung von Kompetenzen auf das Europäische Parlament könne dem Demokratiedefizit entgegenwirken. "Wir dürfen uns diese großartige Idee nicht kaputt reden lassen". Nachdem Europa nun schon drei Generationen den Frieden gebracht habe, sei es nun Zeit, dem Sozialen und dem Demokratischen in Europa stärker zur Geltung zu verhelfen.

Schulz zeigte sich überzeugt, dass Manager nicht nur in Deutschland, sondern



in ganz Europa umdenken müssen. Denn solange diese nur am kurzfristigen Gewinn interessiert sind, leiden Gesellschaft und Umwelt.

Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament forderte die Einführung eines europaweiten Mindestlohnes und eine europäische Richtlinie zur Mitbestimmung. Die Übertragung von Kompetenzen auf das Europäische Parlament könne dem Demokratiedefizit entgegenwirken.

"Wir dürfen uns diese großartige Idee nicht kaputt reden lassen". Nachdem Europa nun schon drei Generationen den Frieden gebracht habe, sei es nun Zeit, dem Sozialen und dem Demokratischen in Europa stärker zur Geltung zu verhelfen.



Das Neue Jahrzehnt

Gerechtigkeit

Europa

Zeitenwende

Arbeit

Sicherheit

Chancen

Zukunft

Werte

Soziales

Vertrauen



Nordbayerischer Kurier vom 10. März 2009

SPD: Kritik der Frauen-Union fehl am Platz

Die Genossen im SPD-Ortsverein Heinersreuth weisen die Kritik der Frauen-Union zurück: An der Wahl von Elisabeth Linhardt (SPD) zur stellvertretenden Bürgermeisterin habe es nichts zu deuteln gegeben.

Zu den Äußerungen der Frauenunion betonten Bürgermeister Hans Dötsch und der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Reiner Böhner, die Wahl der stellvertretenden Bürgermeisterin sei „demokratisch und wie vorgeschrieben“ verlaufen.



Sie sei geheim von den anwesenden Gemeinderäten schriftlich gewählt und das von den vier Fraktionen aus SPD, CSU, FWG und Junge Liste.

Kritik an diesem Verfahren sei unangebracht. Vorsitzender Böhner legte bei der Hauptversammlung seinen Rechenschaftsbericht vor: „Wir haben in den vergangenen Monaten zehn Veranstaltungen organisiert, wobei vor allem das Bürgerfest im Juli an zwei Tagen ein voller Erfolg war.“ Der Mitgliederstand liegt momentan bei 79 Frauen und Män-

nern, es seien vier Austritte und ein Sterbefall zu verzeichnen gewesen.

Böhner forderte dazu auf, neue Mitglieder zu werben. Enttäuscht war der Vorsitzende, dass die Partei aus den Verlusten der CSU bei den Landtagswahlen keinen Zugewinn an Mitgliedern ableiten konnte. Kassier Hans-Karl Purucker erklärte, die Kasse sei durch den Wahlkampf zwar geschmälert, doch die SPD in Heinersreuth stehe finanziell auf gesunden Füßen.

Nach kurzer Diskussion erfolgte die Entlastung des Kassiers und des gesamten Vorstands. Aus der Gemeindegemeinschaft berichtete Bürgermeister Dötsch, die Gemeinde arbeite an einem Aktionsplan, um junge Familien zu gewinnen. Besonders die Leistungen für Kindergärten, Schulen, Kinderkrippen, Spielplätze, Bolzplätze, Schulwegsicherung werden auch im Haushalt 2009 mit hohen Summen zu Buche schlagen. Für die Heinersreuther Sporthalle soll eine fachgerechte Untersuchung stattfinden.

Die Dorferneuerung in Unterwaiz gehe ihrem Ende entgegen – „hier haben wir ein Schmuckstück geschaffen“, stellte der Bürgermeister fest. Die neu zu erstellende Sporthalle in Altenplos werde die Gemeinde über Jahrzehnte belasten.

„Aber wir bauen sie und das auch für kommende Generationen“, so Dötsch. Ebenso baut an der Äußeren Kulmbacher Straße in Heinersreuth ein Investor aus Nürnberg einen Lebensmittel- und

Getränkemarkt samt einer Drogerie und einer Bank. „Unsere Finanz-, Wirtschafts-, und Sozialpolitik ist auf der Höhe der Zeit“, erklärte der Bürgermeister.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme stellte in ihrem Bericht zu den Konjunkturpaketen I und II Oberfranken in den Mittelpunkt. In der Region seien inzwischen 30 000 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen. Die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld sei auf 24 Monate ausgedehnt und die Sozialabgaben für Unternehmer minimiert worden.



Voll steht sie hinter der Abwrackprämie, da in Oberfranken viele Betriebe von den Autobauern abhängig seien. Anette Kramme machte auch deutlich, dass die SPD-Regierung zu ihren Zeiten hauptsächlich die Geringverdiener entlastet habe. Bürgermeister Dötsch und Vorsitzender Böhner betonten, dass sich ihre Fraktion intensiv über das Konjunkturpaket informiert hätten. Aus ihrer Sicht sei alles getan worden, um zu Förderungen zu kommen.

Meine Themen.

Mein Netzwerk.

meine

SPD

www.meineSPD.net



Nordbayerischer Kurier vom 2. März 2009

Mit 47 schon bei 60 plus

Es seien „große Fußstapfen“, in die sich die neue Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60 plus des SPD-Stadtverbands Bayreuth, Dr. Beate Kuhn, zu treten anschicke. Das sagte Bundestagsabgeordnete Anette Kramme in ihrem Grußwort in der Stadtverbandskonferenz am Samstagnachmittag im Gasthof Moosing. 14 Jahre lang führte Christine Hacker engagiert und erfolgreich die Arbeitsgemeinschaft, nun zog sie sich aus der ersten Reihe zurück.



Welche Leistung Christine Hacker mit ihrem Vorstandsteam in den letzten Jahren vollbracht hat, davon zeugte schon ihr Rechenschaftsbericht, der den großen, vor allem auch praktischen Einsatz für die älteren Bürger Bayreuths beinhaltet. Informationsveranstaltungen, betreute Tagesfahrten, Stammtische, die Besuche und Konzerte in Altenheimen und seit acht Jahren der Besuch des

Bayreuther Volksfestes mit bis zu 100 Bewohnern von Bayreuther Altenheimen werden von vielen Senioren nicht nur lebhaft genutzt, sondern mit großer Vorfreude erwartet.

„Es ist eine gewaltige Herausforderung an uns und unsere Arbeit“, kommentierte die scheidende Vorsitzende. „Mit Stolz“, urteilte Hacker, „kann ich sagen, unsere AG ist eine richtig dicke tragende Säule im Stadtverband Bayreuth.“ Eine Einschätzung, die sowohl Kramme als auch der Landtagsabgeordnete und Stadtverbandsvorsitzende Dr. Christoph Rabenstein in ihren Grußworten bestätigten.

Mit der 47-jährigen Dr. Beate Kuhn hob die Arbeitsgemeinschaft einstimmig eine Frau an die Spitze des Vorstands. Den wenigen kritischen Stimmen im Vorfeld der Wahl begegnete Kuhn am Samstag offensiv: Sie habe sich die Kandidatur sehr genau überlegt.

Bisher sei sie in die Parteiarbeit noch nicht so gut eingebunden gewesen und hoffe mit diesem verantwortungsvollen und wertvollen Amt der Partei etwas zurückgeben zu können nach der Förderung, die sie in ihrer noch jungen Parteikarriere erfahren habe.

Sie übernehme eine „funktionierende Einheit“, lobte Kuhn und versprach, dass die Veranstaltungsreihen der AG 60 plus „selbstverständlich fortgeführt werden“. Neben Christine Hacker trat auch die

Mehrzahl der anderen Vorstandsmitglieder zurück, aus Altersgründen und um einem jüngeren Vorstand eine Chance zu geben. Bei den Neuwahlen bestimmten die 35 anwesenden stimmberechtigten Mitglieder Gisela Greim, Friedhelm Esch und Werner Hacker zu den stellvertretenden Vorsitzenden, Elfriede Kielmann zur Schatzmeisterin und Hans Gasser zu ihrem Stellvertreter, Ronald Werner bekleidet weiterhin das Amt des Schriftführers, seine Stellvertretung übernimmt Michael Staudt.



Als Beisitzer wurden gewählt: Dieter Frohwein, Helmut Künzel, Brigitte Haider und Gerald Horn. Doch so ganz wollen die Mitglieder auf ihre Erfahrung und Tatkraft nicht verzichten. Auf Antrag Ronald Werners ernannten sie Christine Hacker einstimmig zur Ehrenvorsitzenden.



Eigenbericht vom 27. Februar 2009

Umweltprämie in Bayreuth ein voller Erfolg

Die Umweltprämie für den Kauf eines Neu- oder Jahreswagens und Verschrottung eines alten Autos stößt in Bayreuth auf großes Interesse. Davon konnten sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme sowie der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein bei Besuchen von Auto Hensel sowie von Motor Nützel überzeugen.

Sowohl Wolfgang Hensel (Geschäftsführer von Auto Hensel) als auch Jochen Sonntag (Geschäftsführer von Motor Nützel) lobten die mit dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung eingeführte Umweltprämie. "Wir profitieren definitiv sehr von der Prämie", betonte Jochen Sonntag und sprach von einem durch die Umweltprämie ausgelösten Boom. "Wir haben unser Quartalsziel bereits erreicht", konnte auch Wolfgang Hensel bestätigen. Der Auftragseingang sei gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen.

1,5 Milliarden Euro stellt die Bundesregierung für die sogenannte Umweltprämie zur Verfügung. Davon profitieren

nun Autohändler, Käufer, Schrottpressen - und nicht zuletzt die Umwelt. "Unser Hauptziel ist natürlich, der Konjunktur zu mehr Schwung zu verhelfen und Arbeitsplätze in der Automobilbranche zu sichern. Aber das verbinden wir mit unseren Umweltschutz-Zielen", erklärt Anette Kramme.

Sowohl Wolfgang Hensel als auch Jochen Sonntag wiesen im Gespräch mit den beiden Abgeordneten darauf hin, dass innerhalb der Bevölkerung Verunsicherung herrsche, ob die Prämie auch noch im Sommer verfügbar sei. Nach derzeitiger Rechtslage können Bürgerinnen und Bürger die Umweltprämie erst beantragen, wenn der Neuwagen geliefert sei. Aufgrund der hohen Nachfrage kommt es jedoch zu längeren Lieferfristen. "Das ist für viele ein Hemmschuh", so Wolfgang Hensel.

MdB Anette Kramme informierte, dass es innerhalb der SPD-



Bundestagsfraktion bereits einen Vorschlag gebe, eine Reservierung für den Prämienbezug bereits bei Abschluss eines Kaufvertrages vornehmen zu können.

"Das zuständige Bundeswirtschaftsministerium lehnt dieses Vorhaben jedoch bislang ab", erklärt die Abgeordnete. "Da ich den Vorschlag jedoch nach wie vor für ausgesprochen sachgerecht halte, werde ich weiter dafür arbeiten, dass er in die Richtlinie aufgenommen wird."

Infos zur Umweltprämie

Das Bundeskabinett hat am 27.01.2009 die Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen beschlossen. Seit diesem Tag können deshalb beim BAFA die Anträge auf Gewährung der Umweltprämie in Höhe von 2500 Euro gestellt werden. Am 30. März 2009 wird ein neues Verfahren zur Beantragung der Umweltprämie eingeführt.

Um eine Reservierung für die Umweltprämie zu erhalten, kann ab diesem Datum, jedoch nicht vor 08:00 Uhr mit dem dann unter www.bafa.de eingestellten Online-Formular „UMP-Neu“ als Anlage im pdf-Format eine Kopie des Kauf- oder Leasingvertrages oder der verbindlichen Bestellung über das Neufahrzeug online beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle eingereicht werden.

Auf diese Weise können sich Antragsteller einen Platz in der Bearbeitungs-

schlange reservieren. Es bleibt aber dabei, dass die Prämie erst dann ausgezahlt werden wird, wenn die Zulassung des Neufahrzeugs sowie die Verschrottung des Altfahrzeugs erfolgt ist und beides nachgewiesen wird.

Antragsteller, die sämtliche Voraussetzungen für die Gewährung der Umweltprämie bis einschließlich 29. März 2009 erfüllt haben, können den Antrag unter Verwendung des bisherigen Antragsformulars zusammen mit den vollständigen Nachweisen und Unterlagen bis spätestens zum 15. April 2009 (Eingang im BAFA) einreichen. Antragsberechtigt sind Privatpersonen.

Der Antragsteller/die Antragstellerin muss Halter des verschrotteten Altfahrzeugs gewesen sein. Dies muss sich aus der Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein) und der Zulassungsbescheinigung Teil II (Fahrzeugbrief) ergeben. Auf ihn muss auch das von ihm

neu erworbene Fahrzeug zugelassen sein (Personenidentität). Hiervon können keine Abweichungen zugelassen werden.

Es muss sich um einen Personenkraftwagen handeln, der hinsichtlich seiner Schadstoffemissionen mindestens die Anforderungen der Emissionsvorschrift Euro 4 erfüllt. Erwerb und Zulassung des Fahrzeugs muss zwischen dem 14.01.2009 und dem 31.12.2009 erfolgen. Als Neufahrzeuge im Sinne der Richtlinie gelten auch Jahreswagen. Ein solches Fahrzeug darf – zurückgerechnet vom Zeitpunkt der Zulassung auf den Antragsteller/die Antragstellerin – längstens ein Jahr einmalig auf einen Kfz-Hersteller, dessen Vertriebsorganisationen oder dessen Werksangehörigen, einem Kfz-Händler, eine herstellereigene Autobank, ein Automobilvermietungsunternehmen oder eine Automobilleasinggesellschaft zugelassen gewesen sein.



Nordbayerischer Kurier vom 26. Februar 2009

Kampflaune statt Katerstimmung

Im König-Ludwig-Saal der Gaststätte Zur Sudpfanne hat die Bayreuther SPD gestern Abend den traditionellen Politischen Aschermittwoch gefeiert. Hauptredner war Carlo Stauch aus Kronach, oberfränkischer Kandidat für die Europawahl im Juni.

Er eröffnete seine Wahlkampagne mit einem Plädoyer für weniger Bürokratie in der Europäischen Union (EU) und einer Attacke gegen seine CSU-Gegenkandidatin Monika Hohlmeier. Hohlmeiers Position, sich nach der Wahl auf EU-Ebene für die strukturelle Förderung der Region starkmachen zu wollen, nannte Stauch „verlogen und scheinheilig“.

Zum einen sei Strukturförderung in erster Linie Aufgabe des Freistaates, zum anderen habe Hohlmeier als Mitglied der Landesregierung jahrelang „alles verhindert, was Oberfranken gut getan hätte“. Zudem stehe ihr Name für die Einführung des G 8, verbunden mit dem Hinweis, dass Hohlmeier ihre eigenen Kinder während ihrer Zeit als Kultusministerin auf Privatschulen geschickt habe.

Er hoffe, dass die Tochter des ehemaligen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß bei der Wahl dafür die Quittung bekommt. Der 43-jährige SPD-Politiker, der sich nach eigenen Worten seit 24 Jahren kommunalpolitisch engagiert, würde sich am 7. Juni eine höhere Wahlbeteiligung als in der Vergangenheit wünschen, denn „Europa ist wichtiger, als manche denken“. Zahlreiche Bun-

des- und Länderregelungen würden von Brüssel vorgegeben.

Der ursprüngliche Gründungsgedanke der europäischen Gemeinschaft sei es gewesen, Kriege zu verhindern und die Völker zu versöhnen. Die Idee von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sei faszinierend, doch werde Europa mit liberalen und konservativen Mehrheiten derzeit „schlecht regiert“.

„Wir brauchen mehr Demokratie und weniger Bürokratie“, sagte Stauch. Schlimme Beispiele seien die Verordnungen zum maximalen Krümmungsgrad einer Gurke und zur Größe einer Pizza Napolitana. In Aussicht auf die Bundestagswahl dieses Jahr warf die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme vor den voll besetzten Reihen im Saal einen Blick auf die politische Lage in Deutschland.

Kanzlerin Angela Merkel warf sie vor, in der Finanz- und Wirtschaftskrise „auf Tauchstation“ gegangen zu sein. Der Grund sei klar: „Merkel fehlt die Meinung“, so Kramme. „Dass sie nichts sage, liegt wahrscheinlich daran, dass ihr noch ein Glos im Hals steckt.“ Ihre Zweifel an der Kompetenz von Karl-Theodor zu Guttenberg als Nachfolger von Michael Glos als Bundeswirtschaftsminister



formulierte Kramme so: „Zu Guttenberg hat von Wirtschaftspolitik so viel Ahnung wie der Papst vom Kinderkriegen.“

Auch wenn die Umfragen für die Sozialdemokraten zurzeit nicht gut aussehen, ist Kramme überzeugt: „CDU und FDP gewinnen die Umfragen, die SPD die Wahlen.“ Landtagsabgeordneter und Bayreuther Stadtrat Dr. Christoph Rabenstein zeigte sich lokalpolitisch kämpferisch und warnte mit offensichtlichem Bezug auf die Diskussion um den Bau eines Hangars auf dem Flughafen Bayreuth „vor Vetterleswirtschaft nach Münchner Vorbild“.

Die Bayreuther SPD lasse sich nicht einschüchtern und werde wachsam sein, denn „manche Sachen haben ein Geschmäckle“, so Rabenstein.

SPD

Bayreuth

Wir besuchen Sie!
Politik zum Anfassen



www.spd-bayreuth.de



Nordbayerischer Kurier vom 17. Februar 2009

Erste Hilfe für Polizeiinspektion Land

Die SPD hat auf die KURIER-Berichte zum drohenden Personalkollaps bei der Polizei reagiert: SPD-Abgeordnete bekamen bei einem Informationsbesuch im Polizeipräsidium die Zusicherung, dass vor allem die prekäre Lage der Polizeiinspektion Bayreuth-Land kurzfristig entspannt werde. Indes sehen die Abgeordneten die bayerische Polizei in der „Verrentungsfalle“, wie es der Nürnberger Landtagsabgeordnete Stefan Schuster ausdrückte.

Der Informationsbesuch war kurzfristig von der Bundstagsabgeordneten Anette Kramme organisiert worden. Mit dabei waren der Bayreuther Landtagsabgeordnete (MdL) Dr. Christoph Rabenstein und der Nürnberger MdL Stefan Schuster, der in der Bayern-SPD den Arbeitskreis Polizei leitet und im Landtag als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes fungiert.

In einem Pressegespräch referierten Kramme und Schuster nach dem nichtöffentlichen Besuch im Polizeipräsidium, dass Polizeipräsident Gerhard Bauer und sein Stellvertreter Wolfgang Som-

mer dabei Erste Hilfe für die personell besonders ausgedünnte Polizeiinspektion Bayreuth-Land zugesagt hätten: Wie viele Beamte als Sofortmaßnahme zur PI Land kommen, sei nicht beziffert worden, der zugesagte interne Ausgleich zugunsten der PI Land werde durch zwei Beamte aus Coburg und acht von der PI Hof, die nach Bayreuth kommen, ermöglicht.

Die Abgeordneten Kramme und Schuster – Rabenstein war nicht beim Pressegespräch – nahmen die Polizeiführung Oberfrankens in Schutz. Kramme sagte: „Die Polizeiführung schöpft hier aus dem Leeren. Hier versucht man mit allen Kräften das Problem zu beheben.“ Kramme und Schuster erhoben schwere Vorwürfe gegen das Innenministerium. Kramme sagte:

„Die Personalplanung des Freistaates bei der Polizei ist nicht nachvollziehbar.“ Schuster sagte, dass die Polizei in Bayern in der „Verrentungsfalle“ stecke: „Bis



zum Jahr 2012 gehen bayernweit 3500 Polizisten in Pension. Die CSU ist sehenden Auges in diese Falle getappt.“ Schuster zufolge habe das Innenministerium massive Fehlentscheidungen getroffen: Unter dem Stoiberschen Reformdruck sei die Polizeireform im Jahr 2003/2004 durchgedrückt worden: „Der einzige Zweck war Personalabbau, 180 Stellen bayernweit.“ Mit der Erhöhung der Arbeitszeit von 40 auf 42 habe der Finanzminister weitere 100 Stellen „kassiert“.

Eigenbericht vom 14. Februar 2009

Pokerturnier der Bindlacher Jusos war voller Erfolg



Auch das zweite Pokerturnier der Jusos Bindlach darf als großer Erfolg gezählt werden. Am 14.02.2009 fand nunmehr zum zweiten Mal das Pokerturnier der Jusos Bindlach im Sportheim des TSV Bindlach statt.

Achtzehn Spieler jedes Alters kämpften um einen Fresskorb mit zahlreichen gestifteten Preisen verschiedener Bindlacher Geschäfte. Als Schirmherr des Turniers fungierte MdB Florian Pronold, der zusammen mit dem ersten Vorsitzenden der Bindlacher Jung-SPD'ler Andreas Masel das Turnier eröffnete. Auch MdB Anette Kramme gab sich zu Beginn der Veranstaltung die Ehre und sponserte als Sonderpreis einen dreitägigen Bildungsaufenthalt in Berlin.

Nach nahezu fünf Stunden Spielzeit durfte sich Jens Grundhauer über den Gewinn des Turniers freuen. Aufgrund der durchwegs positiven Rückmeldungen planen die Jusos auch für das kommende Jahr wieder ein Pokerturnier.



Eigenbericht vom 14. Februar 2009

Klinikbesuch von MdBs Kramme und Pronold in Ebermannstadt

Am Samstag den 14. Februar besuchte MdB Anette Kramme, MdB Florian Pronold und Vertreter der SPD im Landkreis das Klinikum Fränkische Schweiz in Ebermannstadt.

Bei dem offenen Gespräch mit Geschäftsführer Thilo Penzhorn, Chefarzt Dr. Georg Obenauf und der Betriebsratsvorsitzenden Gisela Schmidt ging Penzhorn nach einer kurzen Vorstellung der Gebäude und Struktur der Klinik auf die Situation der Beschäftigten in der Service-GmbH ein.

Die Angestellten dort, erhalten einen vom öffentlichen Tarifvertrag (TVöD) um ca 20% niedrigeres Entgelt. In der Service-GmbH sind 60 der 330 Mitarbeiter angestellt. Es sei laut Penzhorn vom "humanistischen Standpunkt" nicht gut, unter dem selben Dach zwei Tarife für die Mitarbeiter zu haben.

Der Kostendruck zwingt aber das Klinikum zu dieser Maßnahme, so sei z.B. die Tarifierhöhung um 4,3% nur mit 1,4% refinanziert worden. Würden alle 60 Personen wieder im Normaltarif arbeiten werden jährliche Mehrkosten von 450.000 Euro entstehen. SPD-Kreisvorsitzender Reiner Büttner fragte nach, ob die Bauinvestitionen, die ohne Kreis- und Landeszuschuss getätigt werden, nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter der Service-GmbH finanziert werden.

Dem entgegnete Penzhorn, dass die Klinik ohne Zuschüsse vom Freistaat Bayern auskommt müsse, da bis zur Genehmigung von Zuschüssen oft mehrere Jahre vergehen. Dies bestätigte Florian Pronold, der erwähnte, dass die Krankenhausinvestitionen des Freistaates

um 30% seit 1996 zurückgefahren wurden.

Gisela Bauer zeigte auf, dass es nun möglich sei, Beschäftigte im TVöD mit geringerer Zahlung an die Zusatzversorgung einzustellen. Sie forderte auch im Hinblick auf den großen Fachkräftemangel im Krankenpflegepersonal, zumindest alle examinierten Pflegekräfte im TVöD einzustellen.

Anette Kramme ergänzte, dass sich die SPD weiter dafür einsetzen wird durch Gesetze eine gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeiten in Betrieben zu erzwingen. Sie zeigte aber auch Verständnis für den Kostendruck der Geschäftsführung und versprach, dass die Politik, dann aber auch Refinanzierungsmöglichkeiten bieten muss. Für Dr. Obenauf ist es wichtig, dass das Klinikum ohne betriebsbedingten Kündigungen auskommen konnte.

Die Finanzierung und der Wert des Gesundheitswesens in unserer Gesellschaft war ein weiterer Punkt in der Diskussion, dabei war Konsens, dass Gesundheit eines der wichtigsten Güter in unserer Gesellschaft ist. Für Klinikgeschäftsführer Penzhorn ist es unverständlich, wenn für manche Teile der Gesellschaft es wichtiger ist, das eigene Auto regelmäßig zum Kundendienst zu bringen, als für die Gesundheit ausreichend Geld zu bezahlen und forderte ein größeren Eigenbeitrag des Einzelnen.



MdB Anette Kramme erwidert, dass nicht der Einzelne stärker belastet werden müsste, sondern auch Beiträge aus Vermietungs- und Kapitalerträgen zusammen mit einer Bürgerversicherung in die alle einzahlen das finanzielle Problem lösen könnten. Kreisfraktionsvorsitzender Jürgen Kränzlein forderte um ein größeres Kostenbewusstsein zu fördern, dass die Versicherten informiert werden müssten, was eine Behandlungen kostet.

In einem letzten Punkt fragte Jürgen Kränzlein, der durch einen Presseartikel aufgeschreckt war, ob das Klinikum Fränkische Schweiz sich zu einer Klinik nur für Privatversicherte entwickle.

Sowohl Penzhorn als auch Chefarzt Dr. Obenauf versicherten, dass dies nicht so sei. Man biete zwar im Service den Privatversicherten etwas mehr Luxus, aber in der Behandlung werden alle gleich behandelt, denn noch immer sind ca. 90% der Patienten gesetzlich krankenversichert.





Bayerische Rundschau vom 6. Februar 2009

Arbeiter haben Angst vor der Altersarmut

"Arbeit darf nicht krank machen. Arm aber auch nicht." Diese Position verdeutlichte Betriebsratsvorsitzender Wolfgang Michel Staatssekretär Franz Thönnies bei dessen Besuch bei Glen Dimplex.

Michel betonte, dass viele Arbeiter Sorgen um ihre Rente beschäftigten. Ein Problem, das dem Arbeitsministerium gut bekannt ist: "Mit der Rente wird es nie wieder so sein, wie bei der jetzigen Rentnergeneration." "Arbeit darf nicht krank machen. Arm aber auch nicht."

Wolfgang Michel, Betriebsrat Mit Verweis auf die demographische Entwicklung rief Thönnies die Unternehmen dazu auf, eine hohe Beschäftigungsrate anzustreben, um so einen ebenso hohen Anteil an Beitragszahlern zu stellen. Wie Andreas Tilch aus der Geschäftsführung

und kaufmännischer Leiter Klaus Jürgen Nickolaus betonten, sei Glen Dimplex von der Wirtschaftskrise derzeit noch nicht so stark betroffen.

Lediglich in der Kältetechnik krisele es ein wenig, da dort eine Verbindung zur Automobilindustrie bestehe.

Für die Zukunft gewappnet MdB Anette Kramme verwies im Falle stärkerer Einschränkungen auf die vom Bund geförderte Kurzarbeit.

Ein weiterer Baustein zur Unterstützung der Betriebe sei das Projekt "WeGebAU" der Arbeitsagenturen, durch das gering qualifizierte ältere Arbeitnehmer weiter-



gebildet werden können. Dies seien jedoch nur Optionen, wie Thönnies nach einer Betriebsbesichtigung herausstellte. "Sie sind für die Zukunft hervorragend gewappnet", betonte der Staatssekretär.

Frankenpost vom 6. Februar 2009

Kurzarbeit als Signal für die Arbeitgeber

Wie wirken sich arbeitsmarktpolitische Entscheidungen in Berlin aus? Wie sieht es vor Ort nach drei Jahren Beschäftigungsaufbau und Reduzierung der Arbeitslosigkeit aus? Diesen Fragen will der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Franz Thönnies, bei einem Besuch in Oberfranken nachgehen.

Die Tour findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Finanzkrise auch auf die regionalen Arbeitsmärkte durchgeschlagen hat. Doch Thönnies, der mit den beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Ernstberger, Hof, und Anette Kramme, Bayreuth, unterwegs ist, findet in der Bundesagentur für Arbeit in Hof und ihren drei Arbeitsagenturen (Argen) vorzeigbare Ergebnisse und vielversprechende Ansätze vor. „Es wird ein schweres Jahr werden“, räumt der Staatssekretär am Abend bei einer Pressekonferenz im Hotel Strauß ein.

Mit neuen arbeitspolitischen Maßnahmen aber solle Unternehmern und Mitarbeitern deutlich gemacht werden: Arbeitsplätze sichern statt entlassen, qualifizieren statt pausieren. Thönnies nennt hier die auf 18 Monate erweiterte Kurzarbeit ein „klares Signal“ an die Arbeitgeber:

„Haltet eure Mitarbeiter!“ In Oberfranken, legt Anette Kramme neueste Zahlen der Arbeitsagenturen vor, haben die Betriebe bereits für 18 000 Mitarbeiter Kurzarbeit angemeldet.

10 000 in Bamberg, 6000 in Hof, 2000 in Bayreuth – die allermeisten in der Automobilzulieferindustrie. Auch Kramme nennt die Kurzarbeit eine „erhebliche finanzielle Erleichterung“ für die Unternehmen, sodass sie der Krise länger standhalten könnten. Zudem renne man mit der vom Staat geförderten Möglichkeit, Kurzarbeit mit Qualifikation von Mitarbeitern zu verbinden, bei den Unternehmern offene Türen ein, ergänzt Thönnies.

„Die Eingliederungsquoten können sich sehen lassen.“ So lautet das Urteil des Staatssekretärs über die Zahlen der Agentur in Hof, die er zuvor von deren Leiter Wolfgang Gold erfahren hat. Vor allem der erhebliche Rückgang im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit zeige, dass es „gut ist, wenn man sich den Jugendlichen konkret zuwendet“. Ähnliches planen die regionalen Argen nun mit einem weiteren Sorgenkind am Arbeitsmarkt: alleinerziehenden jungen Müttern. 635 000 Alleinerziehende mit etwa einer

Million Kindern lebten bundesweit von Hartz IV, informiert Thönnies: Für die Kinder ein Armutsrisiko. Um die Mütter zu befähigen, wieder Arbeit zu finden, entwickle man gerade bei den Hofer Argen vorzeigbare Maßnahmen, hebt Petra Ernstberger hervor. Als Beispiel nennt sie ein Online-Portal der Stadt Hof, das freie Betreuungsplätze bei Tagesmüttern und in Kindergärten aufliste.

Die Mütter könnten bei der Arbeitsagentur in dieses Portal Einsicht nehmen und einen passenden Platz aussuchen. Eine Voraussetzung, um beim Vorstellungsgespräch die Chancen zu erhöhen, meinen die SPD-Politiker. Kommunales Engagement fordert der Sozialstaatssekretär nicht nur in solchen Fällen ein.

1,4 Milliarden Euro gebe es allein für Bayern aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung. Wirken werde es jedoch nur, wenn auch die Kommunen ihren Beitrag leisteten. Thönnies: „Da müssen alle ran.“ Mit Blick auf die bayerische Staatsregierung schiebt Anette Kramme eine Forderung nach: „Ich erwarte, dass auch die finanzschwachen Kommunen am Konjunkturpaket partizipieren können.“



Eigenbericht vom 4. Februar 2009

Bayreuther Arbeitsmarkt noch stabil

Die im Zuge der Konjunkturkrise erwarteten negativen Auswirkungen am Arbeitsmarkt haben den Arbeitsagenturbereich Bayreuth noch nicht so deutlich erreicht wie andere Bezirke in Oberfranken. Dies erfuhr die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme im Gespräch mit der Leiterin der Arbeitsagentur Bayreuth, Brigitte Glos.

„Im Vergleich zum Vorjahr sind immer noch 14 Prozent weniger Menschen arbeitslos gemeldet. Die regionale Wirtschaft im Raum Bayreuth/Kulmbach hängt nicht so am Tropf der Automobilindustrie, von einer Katastrophenstimmung im Bereich der Arbeitsagentur Bayreuth kann keine Rede sein“, erläuterte Brigitte Glos.

Anette Kramme hob die positiven Effekte hervor, die sich durch die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente für die Arbeitsvermittler und die Arbeitssuchenden ergaben. „Im Rahmen des so genannten Vermittlungsbudgets werden zahlreiche Einzelregelungen gebündelt. Die Arbeitsvermittler haben so einen deutlich größeren Ent-

scheidungsraum und können nun entscheiden, was für den Arbeitssuchenden notwendig ist“. So könnten etwa maßgeschneiderte Projekte und innovative Lösungen für Langzeitarbeitslose vor Ort ermöglicht werden oder aber auch in Einzelfällen Führerscheine zur Erlangung einer Arbeitsstelle realisiert werden.

„Mir ist es ein Anliegen, dass die Arbeitsvermittler die neuen Möglichkeiten kreativ ausschöpfen und nicht aus Angst vor Fehlentscheidungen zögerlich handeln. Bewerbungsgespräche scheitern oft an einem fehlenden Anzug oder einer entsprechenden Frisur, hier ist vieles flexibel denkbar, um Menschen in Arbeit zu bringen“, so Kramme.

Die Zahl der Kurzarbeiter im Raum Bayreuth sei bisher nicht besorgniserregend angestiegen, erläuterte Brigitte Glos. Derzeit seien rund 2000 Arbeiter in Kurzarbeit.

„Im Vergleich zu den Nachbaragenturen stehen wir immer noch gut da“, so Glos. Man wolle jedoch die Möglichkeiten, die

sich im Rahmen der Neuregelung der Kurzarbeit ergeben, bestmöglich einsetzen.

„Wir werden das Gespräch mit den Betrieben suchen, um über die Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld zu informieren und durchführbare Qualifizierungen während der Kurzarbeit zu besprechen. Auch die Fördermöglichkeiten des Programms WeGebAU werden wir heuer wieder ausschöpfen.“, so Glos.

„Unternehmen können während der Kurzarbeit, egal ob konjunkturell oder saisonal bedingt, für gering qualifizierte Arbeitnehmer die Lehrgangskosten für Fortbildungen in voller Höhe bekommen. Gegebenenfalls können sogar Fahrtkosten, Kinderbetreuung und Unterbringung übernommen werden.

Auch für nicht gering qualifizierte Arbeitnehmer ist eine teilweise Finanzierung der Qualifizierungsmaßnahmen während der Kurzarbeit möglich. Die Höhe richtet sich nach der Betriebsgröße und kann zwischen 25 und 80 Prozent der Lehrgangskosten betragen“, so Kramme abschließend.

Alle Infos zum neuem Kurzarbeitergeld

Die Bundesregierung hat wesentlichen Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld als Bestandteil des Konjunkturpakets II zugestimmt. Die in dem "Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" enthaltenen Neuregelungen zu Kurzarbeit und Qualifizierung gelten rückwirkend zum 1. Februar 2009.

Die wichtigsten Neuerungen auf einen Blick:

- Die Agenturen für Arbeit erstatten die Hälfte der Beiträge zur Sozialversicherung, die auf Kurzarbeit entfallen. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die während der Kurzarbeit an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, können für diese Zeit die Beiträge sogar zu 100% übernommen werden.*
- Die Bedingung, dass mindestens ein Drittel der Belegschaft von einem Entgeltausfall betroffen sein muss, wird ausgesetzt. Um für einen oder mehrere Beschäftigte Kurzarbeitergeld zu beantragen, reicht ab sofort der Nachweis eines Entgeltausfalls von mehr als 10%. Der Arbeitgeber hat bei der Antragstellung ein Wahlrecht, ob er vom Aussetzen des sogenannten Drittelerfordernisses Gebrauch macht oder wie bisher bei Erfüllung des Drittelerfordernisses Kurzarbeitergeld auch an weitere Arbeitnehmer zahlt, die von Entgeltausfällen von 10 % und weniger betroffen sind.*
- Arbeitszeitkonten müssen vor Bezug des Kurzarbeitergeldes nicht ins Minus gebracht werden.*
- Ab dem 1. Januar 2008 durchgeführte vorübergehende Änderungen der Arbeitszeit aufgrund von Beschäftigungssicherungsvereinbarungen wirken sich nicht negativ auf die Höhe des Kurzarbeitergeldes aus.*
- Kurzarbeitergeld kann nun auch uneingeschränkt für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie für befristet Beschäftigte beantragt werden.*
- Die Antragstellung und das Verfahren zum Kurzarbeitergeld werden vereinfacht.
- Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte während der Kurzarbeit werden umfangreich gefördert.

*befristet gültig bis Ende 2010



Nordbayerischer Kurier vom 4. Februar 2009

Aus für Postfiliale endgültig besiegelt

Für die Deutsche Post ist es eine „Umwandlung aus wirtschaftlichen Gründen“, für den Bürgermeister von Plech, Karl-Heinz Escher, ein weiterer Schritt hin zur „Servicewüste auf dem flachen Land“: Am 21. März wird die Postfiliale in der Landbäckerei Heisinger zu einem Verkaufspunkt für Briefmarken reduziert.

Außer dem Kauf von Marken können die Plecher Postkunden dort also keine Dienstleistung mehr erwarten. Den vor mehreren Jahren sowieso schon abgespeckte Postservice wird es dann überhaupt nicht mehr geben. Hinsichtlich der Abgabe von Paketen muss der „Mobile Post-Service“ in Anspruch genommen werden.

Die Umwandlung ist definitiv. Da nützte gestern auch ein von der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme initiiertes Gespräch mit dem regionalen Politikbeauftragten der Deutschen Post, Hugo Scheuenpflug, nichts mehr, um Möglichkeiten für eine Lösung zu finden.

Letzterer stellte sich zwar der Diskussion mit Kramme und Bürgermeister Escher, ließ aber der Frage nach Möglichkeiten ein klares „Nein“ folgen. Die so genannte Umwandlung sei eine Entscheidung der Zentrale und dies sei ein betriebswirtschaftliche. Im Durchschnitt 14 Kundenkontakte pro Tag in Plech rechnen sich

für die Post nicht mehr. Man komme der Verantwortung für die flächendeckende Versorgung des ländlichen Raums mehr als nach, so Scheuenpflug.

Immerhin habe man acht Jahre lang eine Filiale in Plech „auf eigene Kosten aufrechterhalten“ und dies, obwohl man laut der Postdienstleistungsverordnung (PUDLV) nicht dazu verpflichtet war und ist. Diese besagt nämlich, dass die Post erst ab einer Einwohnerzahl von 2000 verpflichtet ist, eine „Infrastrukturleistung“ – sprich: eine Filiale – zur Verfügung stellen muss.

Plech zählt nur rund 1300 Bürger. Immerhin sichere man die „Minimal-Versorgung“ des Orts mit der Verkaufsstelle für Briefmarken. Zahlen hinsichtlich der Verluste für die Post konnte und durfte Scheuenpflug nicht nennen. Dies ginge allein schon wegen des Aktienrechts nicht:

„Die Zahlen sind intern“. Nur soviel: „Die Postfiliale Plech kann sich nicht rechnen“. Nachfrage und Kundenfrequenz seien zu gering. „Es ist ein Verlust für Plech, auch wenn es die Post Verände-



rung nennt“, sagte ein ernüchterter Bürgermeister Escher. Die Kommunalpolitik bemühe sich um Strukturmaßnahmen, könne aber nichts vermeiden, „wenn uns von oben etwas aufgedrängt wird“. Man sei auf dem Land „an allen Ecken und Enden der Gelackmeierte“.

Nicht nur vor ältere Menschen und Berufstätige müssten sich umstellen, auch die Bäckerfamilie Heisinger verliere ein wirtschaftliches Standbein. „Wir können es nicht erzwingen“, meinte Kramme, schlug aber vor, sich einem Hoffnungsschimmer zu widmen: Da die Deutsche Post mit dem Discounter Aldi zusammenarbeitet, der beabsichtigt, im neuen Plecher Gewerbegebiet zu bauen, gebe es vielleicht die Möglichkeit für die Errichtung einer so genannten Packstation.

Nordbayerischer Kurier vom 26. Januar 2009

Bad Berneck zum Fliegen bringen

Stolze 269 Personen wurden beim ersten Neujahrsempfang in der Bad Bernecker Schulaula für ihr ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet. Ein untrüglisches Indiz dafür, dass das Bürgerengagement lebendig ist, freute sich Bürgermeister Jürgen Zinnert (SPD).

Als Festredner für die Bad Bernecker Neujahrsempfangs-Premiere konnte Landrat Hermann Hübner gewonnen werden. „Pflanzen wir auch morgen ehrenamtlich unsere Apfelbäume“, lautete sein charmantes Bekenntnis zum Ehrenamt. Zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Kirche und Wirtschaft waren der Einla-

derung ebenso gefolgt, wie der 85-jährige Ehrenbürger Simon Nüssel.

Erfrischend erwiesen sich nicht nur der Festredner, sondern auch die Grußredner in Person der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD), Hartmut Koschyk (CSU) sowie die Landtagsabgeordnete Inge Aures (SPD), die zum großen Teil mit spritzigen Zitaten, dem Bekenntnis zu Bad Berneck und zum Ehrenamt aufwarteten.

Musikalisch setzte Bad Berneck auf Kultur aus dem eigenen Ort. So verzauberte das 25-köpfige Jugendblasorchester Bad

Berneck unter der Leitung von Andreas Hein und Tobias Sebald. Gesanglich begeisterten die Sängerknaben unter der Leitung von Carolin Scherm.

Bürgermeister Zinnert befand, dass der neu gewählte Stadtrat in seiner Gesamtheit und unter Einbeziehung der Bürgerschaft trotz vorhandener Finanzsituation schon manches erreicht und noch viel mehr optimistisch auf den Weg gebracht habe. [...]



Eigenbericht vom 20. Januar 2009

Verkauf von Burg Pottenstein nicht mehr ausgeschlossen

Notgedrungen ist nicht mehr auszuschließen, dass die 1000-jährige Burg Pottenstein angesichts der finanziellen Lage schon bald zum Verkauf stehen muss und somit die konkrete Gefahr besteht, dass sie der Öffentlichkeit als Museum künftig nicht mehr zugänglich sein wird. Dies erklärte der Stiftungsvorsitzende Thilo Freiherr von Wintzingerode der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD), die sich bei einem Besuch einen Eindruck über die Situation vor Ort verschaffte.

„Die anstehende Generalsanierung und die Kosten für die Maßnahmen zur Felsicherung übersteigen die finanziellen Möglichkeiten der Stiftung bei weitem“, erläuterte von Wintzingerode, der seit 1986 Eigenmittel im Wert zweier Einfamilienhäuser und Tausende Stunden eigener Arbeitsleistung zusammen mit seiner Frau Margit in den Erhalt der Burg investierte.

„Wir sind nun an einem Punkt angelangt, der den Fortbestand der Stiftung und somit des Burgmuseums extrem gefährdet“. Zudem verringerte sich die Anzahl an Besuchern im vergangenen Jahr um rund ein Drittel, was die Abgeordnete erstaunte. „Der Rückgang verwundert mich sehr. Gerade für Schulklassen nicht nur aus der näheren Umgebung wäre die Burganlage ein hervorragendes Ziel für einen Klassenausflug“.

Als einzige Möglichkeit zum Erhalt des Burgmuseums sieht Thilo von Wintzingerode die baldige Hilfe der öffentlichen

Hand. „Es ist uns nicht möglich die Erhaltung alleine aus Einnahmen des Museums sowie den Einkünften meiner Frau als Angestellte und meiner freiberuflichen Tätigkeit zu gewährleisten.“

Dies wurde nach Prüfung der gesamten wirtschaftlichen Situation der vergangenen Jahre durch einen Berliner Unternehmensberater deutlich“.

Dieser sprach gar von bisherigem privatem Mäzenatentum der Wintzingerodes senior und junior für das Kulturgut Stiftung Burg Pottenstein. Er könnte sich einen öffentlichen Kulturfonds zum Erhalt des Burgmuseums vorstellen. Die Generalsanierung der Burg würde zwischen 2,4 und 3 Millionen Euro kosten.

„Für die Stiftung, die genauso wie wir über kein Kapital verfügt, ist diese Summe in keinem Fall aufzubringen“. Thilo von Wintzingerode sieht den Freistaat in der Pflicht, sich für das Wahrzeichen in der Fränkischen Schweiz einzusetzen. Dann gäbe es Hoffnung, dass die älteste Burg in der Fränkischen Schweiz eine Zukunft hätte. Anette Kramme erläuterte, dass der Bund bereits 300 000 Euro für die Sanierung der Burg, einem nationa-



len Denkmal, zugesagt habe, bei Bereitstellung eines gleich großen Eigenanteils.

„Nun liegt es am Freistaat Bayern, seine Verantwortung für dieses erhaltungswürdige Denkmal wahrzunehmen. Die Burg Pottenstein ist beispielsweise älter als die Wartburg, sie muss auch für künftige Generationen erhalten bleiben“. Sie sicherte zu, sich nochmals an den zuständigen Staatsminister Heubisch zu wenden.

Ein Schreiben Krammes aus dem Vorjahr, in dem sie Staatsminister Heubisch um Auskunft gebeten hat, in wie weit der Freistaat Bayern bereit ist, seinen Beitrag zur Sanierung der Burg Pottenstein zu leisten, blieb bisher unbeantwortet.

Informationen Burg Pottenstein

Die Burg Pottenstein, vermutlich eine Gründung des 10. Jahrhunderts durch Frankenkönig Konrad I., ursprünglich zur Sicherung des Gebietes zwischen Obermain und Pegnitz nach Südosten im Besitz der Babenberger Markgrafen von Schweinfurt, ist nach fast 700-jähriger Zugehörigkeit (nach 1104 bis 1803) zum Bamberger Bistum heute ein von privater Hand geführtes und bewohntes Museum. Die Burg präsentiert vor- und frühgeschichtliche Objekte, eine Waffensammlung, Bücher und Autographen und drei als Ensembles eingerich-

tete Schauräume sowie volkskundliche Sammlungen und verschiedene historische Ausstellungen. Für die Erhaltung dieses Kulturdenkmals von überregionalem Rang mit den Sammlungen des Burgmuseums ist die *Wilhelm Clothar Freiherr von Wintzingerodesche Stiftung Burg Pottenstein* verantwortlich und muss dies ausschließlich über die Besichtigung dieses Kulturguts sicherstellen.

An den Aufenthalt der bekanntesten Bewohnerin, der Heiligen Elisabeth, ungarische Königstochter und Landgräfin von Thüringen, im Jahr 1228 erinnert das als Gedenkkammer eingerichtete

"Elisabethzimmer" im ehemaligen Wohnturm, dem ältesten Westteil des Palas sowie seit dem Elisabeth-Gedenkjahr 2007 die große Elisabeth-Dauerausstellung "Krone, Brot und Rosen. 800 Jahre Elisabeth von Thüringen."

Zugänglich sind der Burghof der Unterburg, der lange gedeckte Treppenaufgang zur Oberburg, Teile des Palas, das Hauptgebäude der Oberburg, mit Gewölberräumen und drei komplett eingerichteten Schauräumen.

<http://www.burgpottenstein.de>



Nordbayerischer Kurier vom 17. Januar 2009

SPD demonstriert Stärke in der Krise

Im voll besetzten Aktienkeller hat die Bayreuther SPD gestern Abend ihren Neujahrsempfang gefeiert. Vor zahlreichen Mitgliedern und Ehrengästen sprach Bundestagsabgeordnete Anette Kramme in einer Analyse der Bundespolitik vom Ende des wirtschaftlichen Aufschwungs und prophezeite ein schwieriges Jahr.

„Seit dem Zusammenbruch der Lehman-Bank haben sich die Umstände erheblich geändert. Der Aufschwung ist vorbei – auch in Oberfranken“, sagte Kramme beim traditionellen Neujahrsempfang der Bayreuther Sozialdemokraten. Wie sie in Gesprächen erfahre, stünden oberfränkische Unternehmer plötzlich vor leeren Auftragsbüchern.

Dabei seien in Deutschland im Oktober und November noch Rekorde zu vermelden gewesen. Die Zahl der Arbeitslosen etwa lag unter drei Millionen. Doch mit der Bankenkrise habe sich die Welt verändert. „Seitdem ist nichts mehr normal“, stellte Kramme fest.

Als richtig bezeichnet die Bayreuther Sozialdemokratin die schnelle Reaktion der Großen Koalition, Geldinstituten eine Sicherung zu bieten und einen Schutzschirm für Banken zu beschließen. Denn: „Kredite sind der Blutkreislauf der Wirtschaft und damit für die Arbeitsplätze.“

Bei dem staatlichen Hilfsangebot gehe es nicht darum, die Interessen geldgieriger Banker zu erfüllen, das würden die geforderten Gegenleistungen verhindern. Ein wertvoller zweiter Schritt, von dem auch Beschäftigte in Bayreuth und Oberfranken profitieren, sei das mit 50 Milliarden Euro in seiner Größe einzigartige Konjunkturprogramm, das die Regierung kürzlich auf den Weg gebracht hat.

Kernpunkt sei ein kommunales Investitionsprogramm. Um an das Geld zum Bau von Straßen, Schulen oder Kindergärten zu kommen, rief Kramme die Kommunen auf, schnell ihre Anträge zu stellen. „Dann kann der neue CSU-

Generalsekretär zu Gutenberg zeigen, wie er sich für Oberfranken einsetzt.“ Ein Anfang sei auch mit dem Vorschlag von Mindestlöhnen in fünf weiteren Branchen gemacht. Nun fehle noch eine entsprechende Regelung im Leiharbeitsbereich, denn „im Grunde genommen ist Leiharbeit nichts Falsches“, so Kramme.

Bayreuths Dritte Bürgermeisterin Dr. Beate Kuhn äußerte die Hoffnung, bei den anstehenden Wahlen in diesem Jahr an die Erfolge von 2008 anknüpfen zu können. Landtagsabgeordneter Dr. Christoph Rabenstein verzichtete in seiner Begrüßung nicht darauf, die Diskussion in der CSU um die Kandidatur von Monika Hohlmeier bei der Europawahl zu kommentieren.

Nicht die Nominierung einer Kandidatin „von außen“ empöre, sondern die Art und Weise. „Da haben sich die Strategen der CSU verrechnet. Das ärgert selbst die leidensfähigen Oberfranken“, sagte Rabenstein.

Nordbayerischer Kurier vom 17. Januar 2009

„Ruhe und Gelassenheit bei den Beschäftigten“

Über mangelndes Interesse vonseiten der Politik am Erhalt der Rosenthal AG und des Standortes von Thomas am Kulm in Speichersdorf kann sich Bürgermeister Manfred Porsch wahrlich nicht beklagen.

Gleich zwei Delegationen von CSU und SPD informierten sich gestern am Ort über den Stand der laufenden Verhandlungen. Nur: in Absprache mit dem Betriebsrat und der Unternehmenskommunikation von Rosenthal wurde Stillschweigen über den konkreten Stand der Verhandlungen vereinbart. Allerdings äußerte sich Bürgermeister Porsch später im Sitzungssaal des Rathauses verhalten optimistisch: „Ich darf sagen, dass wir gerade ein sehr konstruktives Gespräch geführt haben.“

Wir haben berechnete Hoffnungen, dass es weitergehen wird.“ Er erwarte aber, so Porsch weiter, dass der Freistaat und der Bund die Gemeinde finanziell unterstützen, wenn dies nötig sein sollte. „Ich denke, alle Politiker der Region haben begriffen, wie wichtig der Erhalt der Arbeitsplätze in Speichersdorf ist.“ Denn den rund 500 Beschäftigten könnte im Falle einer Entlassung keine Alternative angeboten werden. [...]

Auch die SPD war nicht untätig: So besuchte Anette Kramme mit Vertretern des SPD-Ortsvereins am Freitag ebenso das Speichersdorfer Werk. Am Donnerstag hatte es eine außerordentliche SPD-Mitgliederversammlung mit Landtagsabgeordnetem Dr. Christoph Rabenstein gegeben. Er stellte dabei den in Bad

Irsee einstimmig verabschiedeten Dringlichkeitsantrag vor, der zur Sicherung der Arbeitsplätze des insolventen Porzellanherstellers beitragen soll.

Wie Kramme berichtete, herrsche derzeit „Ruhe unter den Beschäftigten“ und eine „relative Gelassenheit“. Während die Mitarbeiter Insolvenzgeld erhalten, muss das Unternehmen keine Löhne zahlen. Mit dem Insolvenzverwalter Volker Böhm und seiner Kanzlei sei die Firma in besten, kompetenten Händen.

Selbst aktiv werden auf Bundesebene im Hinblick auf arbeitsrechtliche oder finanzielle Fragen, so Kramme, könne sie indes erst, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind.



Eigenbericht vom 16. Januar 2009

„Jetzt muss rasch gehandelt werden“

Die IHK für Oberfranken Bayreuth und die HWK Oberfranken fordern eine schnelle und unbürokratische Umsetzung der Konjunkturprogramme der Bundesregierung. Dies wurde in einem Gespräch der beiden Hauptgeschäftsführer Dr. Hans F. Trunzer und Horst Eggers mit der SPD-Bezirksvorsitzenden Anette Kramme, MdB, und Landtagsabgeordneten Dr. Christoph Rabenstein deutlich.

Das Paket sei im Ganzen sinnvoll und notwendig, so IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Hans F. Trunzer: "Es muss jetzt schnell gehandelt werden, damit die Maßnahmen rasche Wirkung zeigen." Für die HWK begrüßte Hauptgeschäftsführer Horst Eggers vor allem die steuerpolitischen Entscheidungen: "Das ist ein Einstieg in eine umfassende Reform."

Einig waren sich die Kammern und die SPD-Politiker in ihrem Appell an die Kommunen, von den bereitgestellten Investitionsmitteln Gebrauch zu machen. Für die Bauwirtschaft und das Handwerk könnten davon wertvolle Impulse ausgehen. "Sicherlich haben Kommunen bereits Projekte in den Schubladen, die aufgrund mangelnder finanzieller Ausstattung zurückgestellt werden mussten. Dieser Investitionsstau kann nun abgebaut werden", so Anette Kramme.

Allerdings müssten Bund und Land bei der Ausgestaltung gerade auf finanziell notleidende Kommunen Rücksicht nehmen: "Gerade für die finanzschwachen Städte und Gemeinden in Oberfranken ist es wichtig, den Eigenanteil bei den Investitionen so niedrig wie möglich zu halten", so Horst Eggers.

Ansonsten drohe die Gefahr, dass die Kommunen nicht in der Lage seien, bereitgestellte Gelder abzurufen.

Denn insbesondere durch die Flexibilisierung des Vergaberechts mit der deutlichen Anhebung der Wertgrenzen für freihändige Vergaben (künftig bis zu 100.000.- EURO) und beschränkte Ausschreibungen (bis zu 1 Mio. EURO bei Baumaßnahmen), so ergänzt Eggers weiter, bietet sich die große Chance,



Aufträge auch schnell vergeben zu können. Die beiden Wirtschaftskammern sehen in dem Konjunkturprogramm eine große Chance, die Verkehrsinfrastruktur Oberfranken leistungsfähig auszubauen. Einigkeit herrschte bei allen Gesprächsteilnehmern über die Notwendigkeit der Elektrifizierung des Bahn-Streckennetzes.

Neben dem Abschnitt Marktredwitz-Hof müsse allerdings auch Bayreuth von der Maßnahme profitieren. Verschiedene Bewertungen gab es zur B 303. Während Dr. Christoph Rabenstein auf ein sinkendes Verkehrsaufkommen hinwies, plädierten Eggers und Trunzer für einen leistungsfähigen Ausbau der Strecke durch das Fichtelgebirge: "Die Politik muss hier ihre Gesamtverantwortung für Oberfranken wahrnehmen."

Ganz im Sinn der Wirtschaft ist die Aufstockung der Mittel für Beschäftigungssicherung und Qualifizierung: "Unsere Unternehmen wollen auch bei schlechter Auftragslage ihre Arbeitnehmer halten und nicht entlassen", so Trunzer.

Angesichts des Fachkräftemangels sei dies gerade in Oberfranken ein Gebot

der Vernunft. Kramme erläuterte, dass künftig Unternehmen bei Kurzarbeit sogar vollständig die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge erlassen werden könne, wenn sie qualifizieren. Horst Eggers verwies dabei auch auf erste Erfolge des Programms "Berufsausbildung für Erwachsene", "diese Anstrengungen müssen noch weiter verstärkt werden."

Pläne der Kammern, die Arbeitgeber besser über die Möglichkeiten der Kurzarbeit und Qualifizierung zu informieren, wurden von Anette Kramme besonders begrüßt.

Dem guten Beispiel der Bundesregierung soll nach dem Willen der Wirtschaftskammern auch die Landesregierung folgen. Neben Investitionen in Bildungs- und Kultureinrichtungen erhoffen sich die beiden Hauptgeschäftsführer einen kräftigen Schub für die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in Oberfranken:

"Wir brauchen jetzt Maßnahmen, die die Innovationsfähigkeit der oberfränkischen Wirtschaft steigern", dies sei das beste Mittel um die Wirtschaft krisenfest aufzustellen, so Trunzer.



Nordbayerischer Kurier vom 10. Januar 2009

Ein Erfolgsmodell macht alle glücklich

Fast den ganzen Tag in der Schule, ausgenommen freitags. Vier ganze Tage in der Woche? Das ist eine Vorstellung, die für Schüler sicherlich zunächst einmal – gelinde gesagt – unbequem ist, das kennt man aus eigener Erfahrung. 23 Schüler der fünften Jahrgangsstufe an der Pegnitzer Christian-Sammet-Schule machen seit Beginn des Schuljahrs nach Einführung einer Ganztagsklasse damit aber eine durchwegs gute. ^

Nicht nur als Lippenbekenntnis. Wenn man sich mit den Schülern der Klasse unterhält, meint man die positive Einstellung dazu zu spüren. Diesen Eindruck bekam auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme, als sie gestern die Pegnitzer Ganztagsklasse besuchte, sich darüber informierte und eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Verfügung gestellte Wanduhr überreichte.

„Wir bekommen auch von Seiten der Eltern nur positive Rückmeldungen“, weiß Lehrerin Irmgard Kefer, die die neue Ganztagsklasse im „Tandem“, wie die Lehrer sagen, zusammen mit Kornelia Zaloga leitet. Sie spricht von „sozialem Lernen“ in der Klasse, von einer „guten Klassengemeinschaft“. Diejenigen Schüler, die einen Förderbedarf als eines von mehreren Zugangskriterien

zur Ganztagsklasse erfüllten, hätten ihre Leistungen im Vergleich zur Grundschule schon verbessert.

Vielleicht, so vermutet Kefer, liegt das an der Hausaufgabenbetreuung am Nachmittag, die eine individuelle Förderung der Schüler mehr als über das übliche Maß hinaus zulässt: Es ist immer jemand da, der helfen und unterstützen kann. „Wir haben einfach mehr Zeit und Fördermöglichkeiten“, sagt Kefer.

Überzeugend hört sich auch der sogenannte rhythmische Unterrichtstag an. Zwischen die lernintensiven Hauptfächer sind Fächer geschoben, „wo die Schüler sich etwas zurücknehmen können“, sagt Schulleiter Helmut Graf. Wie beispielsweise bei Musik oder Werken.

Eine Mittagspause gehört ebenso zum Tagesrhythmus wie ein Hauptfach danach und die anschließende Hausaufgabenbetreuung oder die Freizeitgestaltung, zu der sich Graf einmal mehr Schulpartner ins Boot geholt hat. Vor allem die Volkshochschule, die mit kurs-



ähnlicher Freizeitgestaltung diese auch sinnvoll macht. Dabei legt die Schule viel Wert auf das soziale Lernen, den Umgang der Schüler untereinander und mit anderen in einer Arbeitsgemeinschaft.

Dieses Modell wurde erst kürzlich von der KSB mit einem Schulpreis honoriert „Die Zwischenbilanz ist durch die Bank positiv“, betont Graf.

Schon im Vorfeld hätten auch die Lehrer das Vorhaben einer Ganztagsklasse gerne angenommen. Man hofft die Ganztagsklasse bis zur neunten Klasse weiterführen zu können: „Wir wollen, dass dies ein Erfolgsmodell wird.“

Fränkischer Tag vom 10. Januar 2009

SPD war mit 2008 zufrieden

Der Neujahrsempfang der SPD-Bürgergemeinschaft fand in der Gaststätte Sponsel statt. Angesagt hatte sich die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme aus Bayreuth. In ihrer Rede hob sie nochmals das außergewöhnliche Engagement und auch den Erfolg des Ortsvereines hervor.

Für das Jahr 2009 sagte sie voraus, dass dieses kein Zuckerschlecken sein wird. Aber sie warf auch die Frage auf, ob wir Deutschen nicht dazu neigen, jedem Jahr mit einer gewissen Skepsis entgegen zu treten. Von Karl Valentin zitierte sie einen Satz aus dem Jahr 1920: „Die Zukunft war früher auch mal besser.“

Mit vereinten Kräften sollte es gelingen, die Auswirkungen der Finanzmarktkrise einzudämmen.

Für die Bundestagswahl stellte sie Schwarz-Gelb als das Modell von gestern dar. Deren Programm von Steuersenkungen, schwachem Staat und freiem Spiel der Märkte sei gescheitert.

Nach ihrer Rede ließ der Ortsvorsitzende Laurenz Kuhmann das Jahr 2008 nochmals ein wenig Revue passieren. Er lobte den Eifer und den Elan, den die SPD-Bürgergemeinschaft ausgestrahlt habe. Grußworte gab es auch von der Bürgermeisterin Anja Gebhardt, die sich auch für die Arbeit in

den Arbeitskreisen bedankte. Die stellen eine wertvolle Hilfe für die Arbeit im Gemeinderat dar.





Nordbayerischer Kurier vom 23. Dezember 2008

Einladung an 100 Bedürftige

„Wir wollen den Leuten eine weihnachtliche Bescherung machen“, sagte SPD-Landtagsabgeordneter Dr. Christoph Rabenstein. Die SPD hatte zum zweiten Mal die Mitglieder der Bayreuther Tafel und deren ehrenamtliche Helfer zum Weihnachtsessen eingeladen.

Braten, fränkische Klöße, ein reichhaltiges Salatbuffet und eine süße Nachspeise. Mit tatkräftiger Unterstützung aus der Gaststätte Becher deckten die Bayreuther Sozialdemokraten eine feierliche Weihnachtstafel für bedürftige Familien. Zusammen mit der Bayreuther Tafel hatte die SPD über 100 Menschen zum Essen in den Becher-Saal eingeladen.

„Die Sozialdemokraten haben sich im-

mer schon um die Menschen gekümmert, denen es, aus welchem Grund auch immer, nicht so gut geht“, sagte Rabenstein bei seiner Begrüßung. Wichtig sei besonders die praktische Hilfe vor Ort, so dass man sich entschlossen habe, zu Weihnachten Bedürftigen mit einem Essen und einem Abend in der Gemeinschaft eine Freude zu machen.

Bei der Bewirtung legten die Mitglieder der SPD mit Hand an: Die Jungsozialisten übernahmen die Bedienung und kümmerten sich aufmerksam um das Wohl ihrer Gäste. Bundestagsabgeordnete Anette Kramme freute sich über die zahlreichen Mitglieder der Tafel, die den Weg in den Becher-Saal gefunden hatten. Weihnachten sei die Zeit der Be-

sinnlichkeit. Besinnen bedeute auch, an die Familien zu denken, die nicht so viel Geld zur Verfügung haben und in denen der Wunschzettel der Kinder notgedrungen klein ausfallen müsse. Mit musikalischer Untermalung durch Zitherspieler Erich Löw und Auftritte der jungen Sopranistin Elisabeth Rieß verlebten die eingeladenen Familien und die engagierten Helfer der Tafel einen besinnlichen Vorweihnachtsabend.

Auch wenn die Tafeln im gesamten Bundesgebiet bedürftigen Menschen eine wertvolle Unterstützung böten, äußerte Rabenstein einen Wunsch: „Am liebsten wäre es mir, es müsste gar keine Tafeln geben.“

Nordbayerischer Kurier vom 23. Dezember 2008

Ein Leben für die Partei

Ein Mann stand bei der Weihnachtsfeier des SPD-Ortsvereins Altenplos im Blickpunkt: Der 74-jährige Leonhard Roß, der für 55 Jahre Treue zur Partei und für langjährige Mitarbeit ausgezeichnet wurde.

Bürgermeister Hans Dötsch würdigte Roß als eine Person, die in den über fünf Jahrzehnten der Zugehörigkeit viel geleistet hätte. Fast 30 Jahre war er Kassier, einige Jahre für die Organisation zuständig und seit 1999 bis heute ist er Revisor.

„Du hast auch Busausflüge organisiert, jedes Unterbezirkstreffen besucht und Mitglieder geworben“, lobte Dötsch das Wirken von Roß. Bei der Durchführung von Briefwahlen habe sich Roß immer

an vorderster Stelle mit eingebracht, mühsame Kleinarbeit auf sich genommen. Von seiner Überzeugung zu den Idealen der SPD sei er nie abgewichen, habe in der Öffentlichkeit dagegeenghalten und sozialdemokratisches Denken vermittelt.

Dötsch nutzte die Feier im Jugend- und Freizeithaus, um einen kurzen Rückblick auf das Wahljahr zu geben, freute sich, dass die SPD die sieben Sitze im Heinersreuther Gemeinderat verteidigte und nun auch den stellvertretenden Bürgermeister stellt.

Auf die Bundespolitik eingehend meinte Dötsch: „Unsere Gegner versuchen uns immer wieder in die Nähe der Linken zu schieben, obwohl die geschichtlichen

Wahrheiten ganz anders aussehen. Wir haben allen Grund zum aufrechten Gang, zum Bekennermut und auch zu einer kräftigen Portion Zuversicht.“

Soziale Gerechtigkeit könne es nur mit einer starken Sozialdemokratischen Partei Deutschland geben.

Bundestagsabgeordnete Anette Kramme gab einen Einblick in ihre Arbeit in Berlin und streifte dabei auch die derzeitige politische Lage, las anschließend das Märchen vom „Mädchen mit den Schwefelhölzern“ vor. Dias aus den Aktivitäten des Ortsverbandes zeigte Hans Beck, Vorsitzender Erwin Wittek appellierte an alle, neue Mitglieder zu werben.

Bundespräsidentinnenwahl am 23. Mai 2009
Für eine soziale Zukunft Deutschlands

www.gesine-schwan.de

Gesine Schwan
2009





Eigenbericht vom 20. Dezember 2008

SPD diskutiert Maßnahmen am Arbeitsmarkt

Gemeinsam mit den Leitern der Arbeitsagenturen Eugen Hain (Würzburg) und Thomas Stelzer (Schweinfurt) trafen sich Betriebsräte und SPD-Abgeordnete noch vor Weihnachten zu einem Informationsgespräch über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unserer Region in der Arbeitsagentur Schweinfurt.

Mit Praktikern vor Ort wurde über den Einsatz und die Möglichkeiten der bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente diskutiert. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der bayerischen Bun-

destagsabgeordneten Anette Kramme (Bayreuth) informierte über die Planungen der Bundesregierung in der augenblicklichen Situation. Durch neue arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollen mehr Spielraum für maßgeschneiderte Hilfen vor Ort geschaffen, die Übersichtlichkeit über einzelne Maßnahmen verbessert und der Gedanke vorsorgender Arbeitsmarktpolitik gestärkt werden. MdB Frank Hofmann steht auch während der Weihnachtspause in Kontakt mit dem Bundesarbeitsministerium, um für die krisenbetroffenen Unternehmen innovative Lösungen zu erreichen.



Nordbayerischer Kurier vom 17. Dezember 2008

Treu zur SPD gestanden

Zu einer besinnlichen Weihnachtsfeier haben sich die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Heinersreuth im SV-Sportheim getroffen. Zithermusik gab es dabei zu hören von Manfred Hübsch und Flötenspiel der Schulkinder Tamara Böhner, Lara Gütling und David Nicklas. Auf der Tagesordnung standen ferner zahlreichen Ehrungen.

Vorsitzender Reiner Böhner freute sich über die vielen Besucher, die einen würdigen Rahmen für die Ehrungen bildeten. Zwar werfen die kommenden Europa- und Bundestagswahlen im Jahr 2009 bereits ihre Schatten voraus, so Böhner,

aber nicht an diesem vorweihnachtlichen Nachmittag.

Bürgermeister Hans Dötsch bezeichnete den Erfolg bei der Kommunalwahl 2008 als erfreulich. Die neue Konstellation im Gemeinderat – mit Elisabeth Linhardt als Zweiter Bürgermeisterin – bedeutet für die SPD-Gemeinderäte auch mehr Verantwortung gegenüber den Bürgern.

Gemeinsam mit Bürgermeister Dötsch und der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme ehrte Vorsitzender Böhner zahlreiche Mitglieder für langjährige Zugehörigkeit zur SPD.

Ausgezeichnet wurden Marlene Dötsch und Helmut Franke für 25-jährige Vereinszugehörigkeit mit der silbernen Vereinsnadel, Urkunde und einem Buch von Helmut Schmidt.

Für 40 Jahre in der SPD erhielt Robert Dressendorfer die silberne Vereinsnadel, Urkunde und einen Geschenkkorb.

50 Jahre im SPD-Ortsverein sind dabei Hans Müller, Alfred Kramer, Karl Kramer und Heinrich Böhner (nicht anwesend), die mit der goldenen Vereinsnadel, Urkunde und Geschenkkorb geehrt wurden.

1998 - 2008:

10 Jahre SPD-Politik in der Bundesregierung





Fränkischer Tag vom 22. November 2008

Kramme zu Besuch in Pretzfeld

Die SPD-Bundesabgeordnete Anette Kramme wurde von Bürgermeisterin Rose Stark und ihren Vertreter Walther Metzner und Georg Nützel sowie Marktrat Karl-Ludwig Grodd bei ihrer Stippvisite in Pretzfeld empfangen.

Die Abgeordnete zollte dem gelungenen Rathausumbau Anerkennung und würdigte den Verbleib der Verwaltung im Ortskern. Beeindruckt war auch Kramme von der Edalbrennerei Haas an der Schmiedgasse. Mit Johannes Haas tauschte sie sich über das neue Brennrecht aus. Beim Obstgroßmarkt

machte sie sich Kramme kundig über Probleme mit den EU-Richtlinien und Regelungen zur Saisonarbeiterschaft. Vorstandsvorsitzender Georg Fleischmann und Vorstandsmitglied Heinrich Wölfel sowie die leitende Mitarbeiterin Erika Distler berichteten über das Spitzenjahr 2008 bei Kirschen und Mostobst.

Zum Pretzfelder Vorzeigeobjekten gehört seit einigen Wochen auch die neue Nikl-Brauerei, wo Kramme auf das Unternehmer-Paar Milke und Alexandra Schmitt traf.

Frankenpost vom 17. November 2008

Ernstberger führt oberfränkische Wahlliste an

Petra Ernstberger führt wieder die oberfränkische SPD-Liste für die Bundestagswahl an. Die 53 Jahre alte Bundestagsabgeordnete wurde beim SPD-Bezirksparteitag im Kronacher Schützenhaus mit 78:14 Stimmen nominiert.

Für den zweiten Listenplatz gab es eine Kampfkandidatur zwischen dem Bundestagsabgeordneten Dr. Carl-Christian Dressel aus dem Wahlkreis Coburg-Kronach, dem Strullendorfer Bürgermeister Andreas Schwarz sowie dem Kulmbacher Lehrer Claus Stenglein. Dressel erhielt gleich im ersten Wahlgang mit 57 Stimmen klar die erforderliche Mehrheit.

Bei der Wahl um den Listenplatz vier traten Schwarz und Stenglein gegeneinander an: Schwarz bekam 58 Stimmen,

Stenglein 37. Weiter wurde die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme aus Bayreuth auf Platz drei nominiert.

Spitzenkandidatin Ernstberger sagte in ihrer Rede, mit der großen Koalition in Berlin müsse Schluss sein. Sie sei nur ein Zweckbündnis auf Zeit.

Die SPD trete nun an, um die nächste Regierung zu stellen. Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier sei „der beste Mann, den wir haben“ und werde als Zugpferd in den Kampf geschickt. Die



SPD müsse auf die Fragen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger hören - vor allem in Zeiten, in denen sich Unsicherheit breit macht.





Nordbayerischer Kurier vom 13. Oktober 2008

SPD steht geschlossen hinter Anette Kramme

Der SPD-Unterbezirk Bayreuth steht geschlossen hinter Anette Kramme. Das wurde bei der Nominierungsversammlung für die Bundestagswahl 2009 deutlich.

Die SPD-Delegierten aus den Landkreisen Bayreuth und Forchheim und der Stadt Bayreuth schenken Anette Kramme, bei nur einer Gegenstimme, wieder ihr Vertrauen. Die Abgeordnete, die am Freitagabend mit den Genossen ihren 41. Geburtstag feiern konnte, war die einzige Kandidatin. Sie wird den Wahlkreis 237 auch bei der Landesdelegiertenversammlung vertreten.

Dazu kommen noch Oliver Baumann sowie Dr. Hannaleena Pöhler und André Pöhler. Der Bayreuther Juso-Vorsitzende leitete auch die Nominierung, die ohne Komplikationen ablief. Auch bei den Tagesordnungspunkten Anträge und Sonstiges gab es keine Wortmeldungen. So blieb es allein Anette Kramme vorbehalten inhaltlich Position zu beziehen.

Dazu kam noch ein Grußwort von Uwe Raab vom SPD-Ortsverband Pegnitz. Die Versammlung fand in der größten Stadt des Landkreises statt. Raab wies

die Anwesenden darauf hin, dass die Pegnitzer SPD bei der Landtagswahl beim Zweitstimmenergebnis 31 Prozent geholt hatte, gegenüber nur 34 Prozent der CSU. „Mit diesem Ergebnis sind wir fast auf Augenhöhe“, verkündete er stolz. Pegnitz verzeichnete das viertbeste oberfränkische Zweitstimmenergebnis.

An Anette Kramme und deren Kollegen in Berlin gewandt, meinte er: „Haut den unverantwortlichen, aus der Mitte der Gesellschaft längst entrückten Managern auf die Pfoten und lasst sie mit ihrem Vermögen für den Wahnsinn, den sie veranstaltet haben, geradestehen.“ Die Bankenkrise war natürlich auch ein Thema in den Ausführungen der Abgeordneten.

Doch im Mittelpunkt standen ihre Ausführungen zur Sozialpolitik und den Bereich Arbeitsmarkt. Seit 1998, also dem Jahr, als Anette Kramme nach Berlin ging und die SPD Regierungsverantwortung übernahm, sei bei diesen Themen viel erreicht worden.

Kramme setzt sich weiterhin für Mindestlöhne und gegen Leiharbeit ein, wie sie heutzutage praktiziert wird. Auch will sie

weiter gegen das sogenannte Outsourcing von Arbeitsplätzen (was so viel wie Auslagerung bedeutet) kämpfen. Als „bestes“ Beispiel für die negative Entwicklung in diesem Bereich nannte sie die Servicegesellschaft des Bayreuther Klinikums. Kramme verwies darauf, dass das Arbeitslosengeld I für Menschen über 50 verlängert wurde und dass Abschnitten zum Schulstart künftig 100 Euro vom Staat bekommen sollen.

„Auch die Wohngelderhöhung war ein wichtiger Schritt.“ Ihr ist natürlich klar, dass angesichts stetig steigender Energiekosten den Menschen trotzdem immer weniger Geld übrig bleibt. „Es ist die SPD, die weiterhin für soziale Gerechtigkeit kämpfen wird“, betonte Kramme.

Natürlich ging sie auch kurz auf die Landtagswahl in Bayern ein. Weniger auf das Ergebnis der SPD als auf das der CSU. „Ende September sind die Stoiber-Killer ihrem eigenen Rudel zum Opfer gefallen“, merkte sie spöttisch an.

Auch Seehofer ist in ihren Augen nicht gerade eine Idealbesetzung als Parteivorsitzender und Ministerpräsident. „Das ist so, als würde die SPD 2009 mit Wolfgang Clement in den Wahlkampf gehen.“

Eigenbericht vom 8. Oktober 2008

Staatssekretär Brandner trifft „connect“ und MdB Anette Kramme

Anlässlich der aktuellen Zunahme von Entlassungen in Oberfranken traf sich die oberfränkische SPD-Vorsitzende Anette Kramme zu Beginn der Woche mit Vertretern der Transfergesellschaft „connect Neustadt“ zu einem Hintergrundgespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Klaus Brandner im Bundesarbeitsministerium in Berlin.

MdB Kramme, Staatssekretär Brandner und Mitglieder seines Mitarbeiterstabes erörterten mit René Leibold und Anne Tränkner von „connect“ diverse Möglichkeiten, wie von Entlassungen bedrohte Arbeitnehmer möglichst effektiv in Transfergesellschaften aufgefangen werden könnten.

„Eine Transfergesellschaft hat das Ziel, Mitarbeiter eines entlassenden Unternehmens im Rahmen einer maximal einjährig befristeten Beschäftigung in neue Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Um dies erfolgreich zu tun, ist die Fort- und Weiterbildung besonders wichtig,“ erläuterte Anette Kramme eingangs der Besprechung.

René Leibold, Geschäftsführer von „connect Neustadt“, wies auf die speziellen Probleme in der oberfränkischen Region hin: „In Oberfranken sind vor allem mittelständische Unternehmen mit 50 bis 500 Mitarbeitern vom Personalabbau betroffen. Diese sind oft nicht in der Lage, die finanziellen Mittel für eine angemessene Qualifizierung im Rahmen ei-

ner Transfergesellschaft aufzubringen. Um unsere hohen Vermittlungsquoten auch künftig beibehalten zu können, brauchen wir Lösungen für eine bessere Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen. Insbesondere kleinere Unternehmen brauchen diese Hilfe.“

Im Anschluss wurden verschiedene Lösungsmodelle erörtert. Leibold betonte, dass der Zugriff auf zusätzliche Mittel aus dem Europäischen Globalisierungsfonds eine große Hilfe wäre. Bislang kann in der Regel nur bei Großunternehmen mit mind. 1000 Entlassenen interveniert werden. Kramme schlug zusätzliche Finanzierungsmodelle vor, beispielsweise eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für Unternehmen.



Eigenbericht vom 1. Oktober 2008

Anette Kramme informiert sich bei Schuldnerberatung der Caritas

Immer mehr Menschen in Deutschland sind hoch verschuldet, ein nicht unerheblicher Teil von ihnen hat die Schwelle zur Überschuldung bereits überschritten. In letzter Konsequenz hilft dann nur noch der Schritt zur Schuldnerberatung. Ein Schritt, der vielen Menschen schwer fällt und der dennoch den letzten Rettungsanker in einer Flut von Mahnschreiben, Inkassobriefen und Zwangsvollstreckungen darstellt.

Nachdem das Bayreuther Amtsgericht nun auch in der Regel keine Beratungshilfescheine mehr ausstellt, können Schuldner nicht mehr den Rat bei einem Rechtsanwalt einholen und informieren sich bei Schuldnerberatungen.

Bei einem Gespräch mit der Schuldner- und Insolvenzberatung der Caritas in Bayreuth verschaffte sich die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) einen Eindruck der Situation vor Ort und nahm im Gespräch mit Caritas-Verbands-Geschäftsführer Hermann Hinterstößer und Schuldnerberaterin Veronica Specht zahlreiche Anregungen mit nach Berlin.

Hermann Hinterstößer erklärte, die Caritas in Bayreuth sei dank ihrer hervorragenden Mitarbeiter gut aufgestellt und man konnte das Einzugsgebiet vergrößern mit Außensprechstunden in Kulmbach. Eine große Hilfe für die Caritas sei der Beschäftigungszuschuss für Mitarbeiter, um den enormen Verwaltungsaufwand bewältigen zu können. „Leider ist

dieser Zuschuss zeitlich begrenzt. Ab dem kommenden Jahr bekommen wir Probleme, dabei könnten wir hier Arbeitsplätze schaffen“, so Hinterstößer.

Veronica Specht erläuterte, dass der Zustrom in der Schuldnerberatung nicht abreißen werde. Gerade in der Insolvenzberatung stiegen die Beratungsfälle deutlich an. „Die kommende Reform der Verbraucherentschuldung wird zeigen, was in Zukunft noch auf uns zukommt“. Etwa 800 Haushalte kämen derzeit in Bayreuth pro Jahr zur Beratung, etwa die Hälfte davon ging ins Insolvenzverfahren.

Probleme sieht die Caritas in Zukunft bei den Treuhändern kommen. „Die Beratungsstellen können dies nicht übernehmen, sie kämen in einen Interessenskonflikt. Gerichtsvollzieher sind im Gespräch dafür, es muss aber an der Kostenschraube gedreht werden um Anreize zu schaffen, dies zu übernehmen“, so Specht. Diese Treuhänder sollen Schuldnern in der Wohlverhaltenszeit zur Seite gestellt werden, um die Zahlungs- und sonstigen Verhaltenspflichten der Schuldner zu überwachen.

Anette Kramme sicherte zu, sich zu diesem Thema mit ihren Fraktionskollegen im Rechtsausschuss des Bundestages in Verbindung zu setzen. „Ich werde ihre Sorgen gerne erläutern und die Sachlage darstellen“. Nachgebessert werden müsse auch bei selbstständigen Einzelunternehmern, die aufgrund zu vieler

Schulden in die Regelinsolvenz müssen. In der Regel sei dafür keine Masse da. „Sie stehen quasi im Regen, bekommen nirgends Beratung oder Hilfestellung“, erklärte Veronica Specht. Ein großer Erfolg bei der Caritas Bayreuth seien die offenen Informationsveranstaltungen für Beratungswillige. „So sind die Menschen informiert und bringen zur Erstberatung gleich alle nötigen Unterlagen mit, das spart uns viel Zeit und somit auch Geld“, so Hermann Hinterstößer.

Die Ursachen, warum Menschen in die Schuldenfalle geraten und Hilfe benötigen, seien vielfältig. Die so genannten Konsumschulden, also etwa Ratenkäufe bei Versandhändlern, machten nur einen kleinen Teil aus.

„Vielmehr sind große Posten wie etwa Immobilienfinanzierung die größere Gefahr“. Manche Banken gingen auch unverantwortlich mit der Vergabe von Krediten um. „Oftmals wurden Angaben von Kunden ungeprüft übernommen und hohe Kredite bewilligt, die schon sehr bald nicht mehr bedient werden konnten“, erklärte Specht.

Sie bat darum, dass sich Bund und Länder intensiver mit dem Bereich der Prävention zur Schuldenverhütung auseinandersetzen sollten. „Der Gesetzgeber kann steuern, dass wir intensiver in Schulen gehen und die Jugendlichen für dieses Thema sensibilisieren können. Hier steckt Potenzial drin, was später viel Geld sparen kann.“

Infos Verbraucherinsolvenzverfahren

In Deutschland ist das Verbraucherinsolvenzverfahren in der Insolvenzordnung geregelt. Der Schuldner dagegen kann nach Abschluss des Verfahrens von den im Insolvenzverfahren nicht erfüllten Verbindlichkeiten befreit werden (Restschuldbefreiung).

Diese Möglichkeit besteht in Deutschland seit dem Inkrafttreten der Insolvenzordnung (InsO) am 1. Januar 1999. Die Restschuldbefreiung erfolgt gegebenenfalls sechs Jahre nach dem gerichtlichen Beschluss über die Eröffnung des

Verbraucherinsolvenzverfahrens. Diese gesetzliche Neuregelung war eine Reaktion auf die zunehmende Überschuldung von wirtschaftlich nicht selbstständigen Menschen.

Für persönlich haftende Unternehmer und Gesellschafter ist die Regelinsolvenz bei einer bestimmten Gläubigerzahl oder als der geeignetere Weg zur finanziellen Freiheit. Neben Rechtsanwälten (geeignete Person) sind auch solche Stellen zur Beratung in Verbraucherinsolvenzverfahren berechtigt, deren Eignung hierfür behördlich anerkannt ist (geeignete Stelle). Zu diesen Beratungs-

stellen zählen unter anderem die kostenfrei arbeitenden Schuldnerberatungsstellen der Kommunen und Wohlfahrtsverbände und zertifizierte Verbraucherzentralen.

Wurde zuvor vom Amtsgericht ein Berechtigungsschein für Beratungshilfe bewilligt, werden die Kosten vom Staat - Justizkasse - getragen und sind dann für den Klienten kostenlos. Die Anwälte können nach vorgegebenen Sätzen abrechnen. Ohne einen Berechtigungsschein muss der Klient die üblichen Sätze des Anwaltes selbst tragen.



Pressemitteilungen

Anette Kramme begrüßt günstigere Tickets für Radfahrer

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) freut sich über die neuen Tarifangebote der Bayerischen Eisenbahngesellschaft für die Fahrradmitnahme.

Die oberfränkische Bundestagsabgeordnete hatte sich für eine Verbesserung des Mitnahmeangebots für Fahrräder in Zügen eingesetzt und die unflexible Preisstruktur kritisiert. Jetzt hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft gemeinsam mit den Verbänden und dem Bayerischen Staatsministerium für Verkehr beschlossen, einen Kurzstreckentarif anzubieten und die Fahrradmitnahme familienfreundlicher zu gestalten.

Ab dem 1. April 2009 wird in den Nahverkehrszügen ein Kurzstreckentarif in Höhe des halben gewöhnlichen Fahrpreises angeboten. Übersteigt der Fahrradpreis 4,50 Euro lohnt sich der Kauf einer Fahrradtageskarte für Bayern. Bis zu einer Entfernung von 50 Kilometern ist die Fahrradkarte günstiger. Kinder im Alter von 6-14 Jahren dürfen ihr Fahrrad künftig bei Ausflügen mit den Eltern oder Großeltern kostenfrei mitnehmen.

"Die Tarife für die Fahrradmitnahme waren zu starr, es fehlten Angebote für kurze Strecken und Vergünstigungen für Familien. Das ist jetzt gelungen. Allmählich wandelt sich die Einstellung zum Verkehrsmittel Fahrrad auch bei den Bahngesellschaften. Das ist besonders wichtig, denn das Fahrrad ist nicht nur in Freizeit und Tourismus beliebt, sondern auch aus der Alltagsmobilität nicht mehr wegzudenken", so Kramme.

Kloster Gößweinstein könnte verkauft werden

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) zeigte sich empört darüber, dass der Freistaat Bayern bei einem Gebot von nur einem Euro das Franziskaner-Kloster in Gößweinstein verkaufen würde.

"Der Freistaat und allen voran die CSU stößt mit den Plänen zum Verkauf des Klosters allen Gläubigen der Region, den Geistlichen, die dort seit vielen Jahren erquickliche Arbeit leisten und den zahlreichen Wallfahrern, die in Gößweinstein und seiner Basilika Jahr für Jahr die stille Andacht suchen, vor den Kopf.

Von einer Partei, die sich vordergründig immer dem Erhalt christlicher Grundwerte verschreibe, hätte ich ein derartiges Gebaren nie und nimmer erwartet. Von Seiten der SPD wird es auf allen Ebenen Widerstand gegen ein solches Vorhaben geben. Wir sind uns der Verantwortung gegenüber den Gläubigen und den Geistlichen bewusst. Wir werden diesen ungeheuerlichen Vorgang mit Sicherheit nicht mittragen.

Aus rein finanziellen Gesichtspunkten die Anstrengungen der Kirchengemeinde zu unterwandern, halte ich für ein mehr als groteskes Geschäftsgebaren des Freistaates. Ein Verkauf wäre ein empfindlicher Schlag ins Gesicht für die kommunal und privat engagierten Menschen in der Region.

Es ist zwar verständlich, dass ein Kloster keinen Gewinn abwirft und teuer im Unterhalt ist, doch der Erhalt klerikaler Einrichtungen gehört für mich zu den ureigensten Aufgaben des Freistaats zum Wohle der Bevölkerung, die sich mit dem Kloster und der Basilika identifiziert. Damit das auch in Zukunft so bleibt, werde ich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln gegen einen Verkauf kämpfen", so Kramme.

Hintergrund:

Nach Auskunft der "Immobilien Freistaat Bayern - Regionalvertretung Oberfranken" in Bamberg würde das Kloster bei entsprechendem Interessenten für einen Euro verkauft werden. Die Bemühungen dazu laufen nach Angaben verschiedener Medien bereits seit rund eineinhalb Jahren. Der Freistaat Bayern ist Grundstückseigentümer der Klöster und bietet diese über das staatseigene Unternehmen "Immobilien Freistaat Bayern" an. Nachdem die deutschen Franziskanermönche ihr Nutzungsrecht aufgegeben hatten und die Klöster an polnische Padres übergeben wurden, sieht sich der Freistaat Bayern nicht mehr an die alten Verträge gebunden.



Pressemitteilungen

Soziale Stadt: 660.000 Euro für Bayreuth

Auch 2009 fließen wieder Gelder aus dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" nach Bayreuth. Dies berichtet die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Für die Stadtteile Insel und St. Georgen stehen 660.000 Euro in diesem Jahr zur Verfügung. Damit erhält die Stadt Bayreuth oberfrankenweit die größte Summe. "Bayreuth wird auch im Jubiläumsjahr der "Sozialen Stadt" bei der nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen in den beiden Programmgebieten unterstützt", freut sich die Abgeordnete.

In Oberfranken werden insgesamt neun Programmgebiete mit einem Volumen von 1,83 Millionen Euro gefördert. In Bayern fließen in diesem Jahr in insgesamt 90 Projekte 21,4 Millionen Euro. Dies ist die höchste Summe seit der Auflage des Pro-

Stadtumbau West: 5,5 Millionen Euro für Oberfranken

Oberfränkische Kommunen können auch im Jahr 2009 mit umfangreichen Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm "Stadtumbau West" rechnen. Wie die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme mitteilt, erhalten 23 Kommunen im Regierungsbezirk insgesamt 5,5 Millionen Euro.

"Mit Hollfeld und Warmensteinach kommen auch zwei Kommunen aus dem Landkreis Bayreuth in den Genuss von Fördermitteln", so MdB Kramme. Für die Hollfelder Altstadt fließen 300.000 Euro. Die Gemeinde Warmensteinach erhält für die Neugestaltung des Ortskerns 120.000 Euro.

"Der Stadtumbau ist ein wichtiges Programm für Städte im strukturellen Wandel. Er hilft den Kommunen, demografische und wirtschaftliche Herausforderungen aktiv zu gestalten. Er liefert zudem wichtige Impulse für die regionale Bauindustrie und das Handwerk", so Anette Kramme. Sie erhofft sich von den umfangreichen Mitteln aus dem Bauprogramm zusätzliche konjunkturelle Impulse für die Region.

Soziale Stadt: Insgesamt 300.000 Euro für Bamberg und Forchheim

Auch 2009 fließen wieder Gelder aus dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" nach Bamberg und Forchheim. Dies berichtet die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme.

Für die Bamberger Gebiete Starkenfeldstraße und Gereuth stehen 120.000 Euro in diesem Jahr zur Verfügung. Für das Programmgebiet Forchheim-Nord werden 180.000 Euro eingestellt.

"Bamberg und Forchheim werden auch im Jubiläumsjahr der "Sozialen Stadt" bei der nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen in den jeweiligen Programmgebieten unterstützt", freut sich die Abgeordnete.

In Oberfranken werden insgesamt neun Kommunen mit einem Volumen von 1,83 Millionen Euro gefördert. In Bayern fließen in diesem Jahr in insgesamt 90 Projekte 21,4 Millionen Euro. Dies ist die höchste Summe seit der Auflage des Programms im Jahr 1999.



Pressemitteilungen

CDU stellt Parteitaktik über Verantwortung

Zur Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass es ab 2011 keine gemeinsame Betreuung der Langzeitarbeitslosen durch den Bund und die Städte und Gemeinden mehr geben soll, erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landesgruppe Anette Kramme, MdB:

Die CDU/CSU verweigert eine tragfähige Lösung für die Neuorganisation der Job-Center. Dieses Verhalten ist einfach unverantwortlich, vor allem vor dem Hintergrund der schwersten Arbeitsmarktkrise seit langem. Die Union insgesamt ist innerlich zerrissen. Die einen setzen sich für eine vernünftige Lösung ein, die anderen blockieren.

Zur Erinnerung: Ende 2007 hatte das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Kommunen und Bund, also der Bundesagentur für Arbeit, für verfassungswidrig erklärt, weil das Grundgesetz eine Zusammenarbeit von Kommunen und Bund nicht vorsieht. Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat, endet am 31.12.2010. Dann haben die ARGEN und die Optionskommunen keine Rechtsgrundlage mehr.

Die CDU/CSU darf ihre innerparteilichen Machtkämpfe nicht auf dem Rücken der Bürger austragen. Die Leistungsempfänger profitieren von der bisherigen Regelung. Die Beratung und Betreuung aus einer Hand ist sinnvoll und hat sich bewährt. Mit der jetzigen Ablehnung des Vorschlages für eine neue Struktur der Job-Center läuft aber alles auf eine getrennte Wahrnehmung der Aufgaben von Agentur für Arbeit und Kommunen hinaus.

Getrennte Aufgabenwahrnehmung heißt: die Bundesagentur für Arbeit ist für die Vermittlung in Arbeit zuständig, die Kommune für die Bewilligung und Auszahlung der Kosten von Wohnung und Heizung und für Gewährung notwendiger sozialer Hilfeleistungen wie z.B. Schuldnerberatung und Suchtberatung. Die derzeit 6,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die Grundsicherungsleistungen in Anspruch nehmen, müssten zu zwei Behörden, müssten zweimal Anträge stellen, ihre Akten würden zweimal geführt, sie bekämen zweimal Bescheide.

Das nächste Problem stellen auch die vielerorts langfristigen Verträge, z.B. Mietverträge, dar, die nun abgewickelt werden müssen. Nach der unverantwortlichen Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion brauchen jetzt vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort Planungssicherheit, denn sie werden sich sonst andere berufliche Perspektiven in ihren "Heimatbehörden" suchen. Sie sollten sich auf ihre Aufgaben konzentrieren können und sich nicht Gedanken um ihre eigene Zukunft machen müssen.

Bundesminister Scholz handelt deshalb verantwortlich, wenn er jetzt zügig sicherstellt, dass alle Verträge der Arbeitsgemeinschaften bis 2010 laufen (dies ist bereits bei der ARGE Stadt Bayreuth sowie bei der ARGE Landkreis der Fall) und dort, wo erforderlich, verlängert werden.

Stadt Bamberg gewinnt Wettbewerb

Die Stadt Bamberg gehört zu den Gewinnern des Wettbewerbs "Emissionsfreie Mobilität in Kommunen" und erhält als Preis eine Imagekampagne des Bundesumweltministeriums zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs. Dies erfuhr die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

"Ich freue mich sehr, dass Bamberg zu den vier Gewinnerstädten in Deutschland gehört und sich gegenüber 90 anderen Städten wie etwa Berlin, Dortmund, Bremen oder Kiel behaupten konnte. Die Imagekampagne wird von einer renommierten Werbeagentur ausgearbeitet und auf die Gegebenheiten vor Ort passgenau zugeschnitten. Für Bamberg ist das eine tolle Gelegenheit, sich als lebenswerte Stadt zu präsentieren und so die Attraktivität der Stadt weiter zu steigern", so Kramme. Die bundesweite Auftaktveranstaltung der Kampagne wird am 31. März am Pariser Platz in Berlin stattfinden. Dort werden die vier Gewinner des Wettbewerbs präsentiert und die Kampagne der Öffentlichkeit vorgestellt.

"Mit dem Projekt will das Bundesumweltministerium die emissionsfreie Mobilität durch eine bessere Information der Verbraucher voranbringen. Die bundeseinheitliche Kampagne, durchgeführt auf kommunaler Ebene, soll Menschen animieren, auf kurzen Strecken öfter den Pkw stehen zu lassen und sich emissionsfrei per Fuß und Fahrrad zu bewegen", erläutert Kramme das Vorhaben.



Pressemitteilungen

"Union stellt sich gegen die sozial Schwachen"

Enttäuscht zeigt sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme darüber, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Anrechnungsfreiheit der Abwrackprämie für Hartz-IV-Bezieher ablehnt. "Wieder einmal stellt sich die Union gegen die sozial Schwachen", so Anette Kramme.

"Wir erwarten von arbeitssuchenden Menschen ein Maximum an Flexibilität und Mobilität. Gerade im ländlichen Raum ist man vielerorts auf ein Auto angewiesen. Es ist daher nicht nachvollziehbar, wenn wir Empfängern von Arbeitslosengeld II die Abwrackprämie vorenthalten." Es mögen vielleicht nicht viele sein, für die die Anschaffung eines Neuwagens möglich ist, so die Abgeordnete weiter. Aber es sei laut Kramme schlicht eine Frage der Gerechtigkeit, ob Bezieher von Arbeitslosengeld II das bekommen, was auch leitende Angestellte in Anspruch nehmen.

Nach derzeitiger Rechtslage wird die Prämie aber auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Die Zahlung der Abwrackprämie gilt als Einkommen, das die Bedürftigkeit verringert und deshalb verrechnet werden muss. Damit auch Hartz-IV-Empfänger von der Umweltprämie profitieren können, braucht es einer gesetzlichen Änderung.

"Die Abwrackprämie bezweckt und fördert mit großem Erfolg den Absatz von PKWs. Sie kommt zielgerichtet allen zugute, die ein neues Auto anschaffen und ein altes verschrotten. Einen Grund, ausgerechnet Bezieher von Arbeitslosengeld II davon auszuschließen, sehe ich nicht", so die Abgeordnete. Die SPD-Bundestagsfraktion werde daran festhalten, dass die Abwrackprämie auch Beziehern von Arbeitslosengeld II anrechnungsfrei zu Gute kommen werde. "Wir wollen eine entsprechende Klarstellung im Gesetz. Ich fordere die Union auf, nicht zu blockieren", so Anette Kramme abschließend.

Neue Hoffnung für ehemalige Beschäftigte von Maintaldruck

Die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der Bayerischen SPD-Landesgruppe, Anette Kramme begrüßt das BGH-Urteil, das eine Rückforderung von Gehaltszahlungen bei einer Unternehmenspleite erschwert. Dieses Urteil wurde am 19. Februar 2009 gefällt und gestern veröffentlicht. Der Rechtsanwalt einiger Mitarbeiter von Maintaldruck in Kulmbach Mirco Schena geht davon aus, dass die meisten der Mitarbeiter von Maintaldruck nun vor einer Rückforderung von Gehältern geschützt sind. Etwas anderes gelte nur für die Mitarbeiter der Finanzbuchhaltung.

"Das Insolvenzrecht bestimmt, dass Arbeitnehmer die in den letzten drei Monaten vor einer Insolvenz ausgezahlten Gehälter zurückzahlen mussten, wenn sie von der Zahlungsunfähigkeit ihrer Firma wussten oder aber hätten wissen müssen", so Anette Kramme.

"Die Regelung soll eine Bevorzugung einzelner Gläubiger verhindern, praktisch bestraft sie aber Beschäftigte, die trotz Zahlungsschwierigkeiten weiterarbeiten. Das Urteil des BGH verhindert eine Handhabung des Anfechtungsrechts, die schlicht ungerecht und wirtschaftlich unvernünftig ist."

Verspätete Gehaltszahlungen werden zukünftig nicht als Warnung an Beschäftigte vor einer bevorstehenden Pleite ausgelegt. Einige Zivil- und Arbeitsgerichte der unteren Instanzen hatten entschieden, dass Arbeitnehmer, deren Gehälter verspätet gezahlt werden, allein daraus auf die Zahlungsunfähigkeit ihrer Firma hätten rück schließen müssen.

Kramme stellt fest: "Wäre diese Rechtsprechung vom BGH bestätigt worden, hätten Beschäftigte bei verspäteten Lohnzahlungen möglichst schnell selbst kündigen müssen, wenn sie nicht riskieren wollen, umsonst zu arbeiten. Einem Unternehmen dessen Finanzen wackeln, ist aber nicht damit gedient, wenn seine Beschäftigten reihenweise abspringen."

Laut dem BGH muss kein Beschäftigter mit einer Insolvenz rechnen, wenn er nicht weiß, wie groß die Schulden der Firma insgesamt sind. Davon erhalten Beschäftigte aber im Normalfall keine Kenntnis. Haben sie diese Information nicht, können Gehälter nun auch bei verspäteter Zahlung nicht mehr angefochten werden.

Auch wenn mit dem Urteil schon viel gewonnen ist - Anette Kramme betonte erneut, dass sie sich für eine Reform der Regelung im Insolvenzrecht einsetzt. Gehaltszahlungen sollten als "Bargeschäfte" behandelt, also eine Anfechtung vollständig ausgeschlossen werden.



Pressemitteilungen

Schulbedarfspaket wird erweitert

Die Große Koalition hat eine dreifache Erweiterung des Schulbedarfspakets vereinbart. Dies teilt die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme mit. Mit dem Schulbedarfspaket wird Kindern und Jugendlichen aus Familien, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können, eine jährliche Zusatzleistung in Höhe von 100 Euro für die schulische Bildung gewährt. Sie soll für den Erwerb der persönlichen Ausstattung für die Schule (Schulranzen, Turnzeug, Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterialien) verwendet werden.

Bislang war das Schulbedarfspaket auf Schüler bis zur 10. Klasse begrenzt. "Künftig werden Schüler bis zur 13. Klasse davon profitieren. Die Union hat hier endlich eingelenkt und ihre Blockadehaltung aufgegeben", erklärt Anette Kramme. Außerdem sollen nicht nur Abiturienten, sondern auch die sogenannten Vollzeit-Berufsschüler, also diejenigen, die keine Ausbildungsvergütung beziehen, diese zusätzliche Leistung erhalten.

Drittens soll das Schulbedarfspaket künftig auch Familien mit geringen Einkommen gewährt werden. Bislang war das Paket auf Familien, die ALG II oder Sozialhilfe erhalten, begrenzt. "In Zukunft kommen auch Familien, die aufgrund geringen eigenen Einkommens Kinderzuschlag zur Deckung ihres Lebensunterhaltes erhalten, in den Genuss der jährlichen Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro", erläutert Anette Kramme.

Die Bayreuther Abgeordnete hält die vereinbarte Erweiterung des Schulbedarfspakets für richtig und zielführend. "Damit gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt, um Chancengleichheit in der Bildung für alle Kinder zu erreichen."

Führerschein-Ausnahmeregelung für Feuerwehren kommt

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme begrüßt die Ankündigung von Bundesverkehrsminister Tiefensee, eine Führerschein-Ausnahmeregelung für Feuerwehrfahrzeuge bis zu 4,25 Tonnen zu schaffen. "Gerade für Bayern mit seinen vielen Freiwilligen Feuerwehren und den kleinen Ortsfeuerwehren ist dies eine wichtige Entscheidung", so die Abgeordnete. Kramme selbst hatte sich bei Verkehrsminister Tiefensee nachdrücklich für eine Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung eingesetzt.

Das Verkehrsministerium will nun die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Ehrenamtliche zukünftig unter vereinfachten Bedingungen neben ihrer Fahrerlaubnisklasse B durch eine spezifische Zusatzausbildung und Prüfung auch den Führerschein für Einsatzfahrzeuge bis 4,25 Tonnen erlangen können. Die Prüfung soll die Verkehrssicherheit bei den Einsätzen voll gewährleisten. Bislang kostet der Erwerb des Führerscheins der Klasse C 1 rund 3.000 Euro. Diese Kosten sollen auf ein Drittel reduziert werden.

"Das ist ein erster wichtiger Schritt, um das Problem des mangelnden Fahrernachwuchses bei der Freiwilligen Feuerwehr zu lösen", ist sich Kramme sicher. "Minister Tiefensee wird zudem mit Vertretern der Feuerwehr am 23. März einen "Runden Tisch" abhalten, um weitere Unterstützungsmöglichkeiten für den Erwerb der erforderlichen Fahrerlaubnis auszuloten", so die Abgeordnete weiter.



Pressemitteilungen

SPD entsetzt über geringe Mittelzuweisung für Oberfranken

Die Zuweisung von nur 125 Millionen Euro durch den Freistaat Bayern aus Mitteln des Konjunkturpakets II in den Regierungsbezirk Oberfranken stößt bei der oberfränkischen SPD auf herbe Kritik.

"Hier wurde eine große Chance leichtfertig vertan, einer strukturschwachen Region wie Oberfranken wieder den Anschluss an aufstrebende Regierungsbezirke zu ermöglichen und soziale Gerechtigkeit herzustellen. Der Zuweisungsschlüssel ist inakzeptabel, denn der Großteil der Mittel fließt wieder in Regionen mit großer Bevölkerungsdichte. Die Finanzkraft der einzelnen Regionen nur zu einem Viertel zu berücksichtigen, ist ein völlig falsches Signal", so die Bezirksvorsitzende Anette Kramme.

"So werden wir den wirtschaftlich bedingten Wegzug junger Arbeitskräfte aus der Region garantiert nicht stoppen können. Für Oberfranken sind diese jungen Menschen unwiederbringlich verloren, sie bleiben zu einem Großteil in den prosperierenden Ballungsräumen. Mit einer signifikant höheren Mittelvergabe nach Oberfranken hätte ein deutliches Zeichen gesetzt werden können, dass die Staatsregierung gewillt ist, diese soziale Schieflage korrigieren zu wollen. Das scheint von München jedoch nicht gewollt zu sein", ergänzt der Kronacher Europakandidat der SPD Carlo Stauch.

Zudem fordert die Oberfranken-SPD unisono zur SPD-Landtagsfraktion vom Freistaat Bayern, ein Sonderprogramm "Bayerischer Rettungsschirm für Arbeitsplätze" in Höhe von 800 Mio. Euro aufzulegen, um dem Bundesprogramm noch einen zusätzlichen Schub zu geben. Für die SPD heiße dies auch, dass die finanzielle Situation der Städte, Landkreise und Gemeinden eine gewichtigere Rolle spielen müsse. "Die Staatsregierung hat hier eine Verantwortung gerade strukturschwachen Regionen wie Oberfranken gegenüber", erklärt die Landtagsabgeordnete Christa Steiger.

Keine Vorschusslorbeeren für zu Guttenberg

Zu der heutigen Nominierung des CSU-Bundestagsabgeordneten Karl-Theodor zu Guttenberg zum Bundesminister für Wirtschaft und Technologie erklärt die Vorsitzende des SPD-Bezirksverbandes Oberfranken, MdB Anette Kramme:

"Ob die Nominierung zu Guttenbergs zum Bundeswirtschaftsminister gut oder schlecht für unsere Region und unser Land ist, bleibt abzuwarten. Vorschusslorbeeren werden wir nicht verteilen, ganz im Gegenteil. Schließlich ist zu Guttenberg bisher nicht mit wirtschafts- und technologiepolitischer Kompetenz aufgefallen. Seine Schwerpunkte lagen eher in der Außenpolitik und in seiner Funktion als Erfüllungsgehilfe Seehofers, siehe Hohlmeier.

Ein Bundeswirtschaftsminister muss in einer Wirtschafts- und Finanzkrise eigene starke Akzente setzen. Es bleibt zu hoffen, dass Wirtschaftspolitik à la zu Guttenberg nicht bedeutet, lediglich die marktradikalen Ansichten und energiepolitischen Irrwege seines Vorgängers nachzubeten. Was wir brauchen, ist ein Wirtschaftsminister mit klaren Vorstellungen darüber, wie unsere soziale Marktwirtschaft gestärkt aus der jetzigen Krise hervorgeht.

Einen erneuten Totalausfall auf diesem wichtigen Kabinettsposten kann sich unser Land jedenfalls nicht leisten. Seine neue Position muss zu Guttenberg nutzen, um sich auf höchster Ebene für die Wirtschaft seiner oberfränkischen Heimat einzusetzen. Wir als oberfränkische SPD werden ihn stets an seine Verantwortung gegenüber der Region erinnern und das bestmögliche für Oberfranken einfordern."



Pressemitteilungen

Bundesregierung stellt klar: Elektrifizierung Hof - Nürnberg hat Priorität

Für die Bundesregierung hat die Elektrifizierung der Strecke Hof - Nürnberg gegenüber der Strecke Hof - Regensburg weiterhin Priorität. Dies geht aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage hervor, die der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Anette Kramme (SPD) vorliegt.

"Die Modernisierung der so genannten Naabtalmagistrale (Hof - Regensburg) ist laut Regierung erst im Anschluss an die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale (Reichenbach/Grenze D/CZ - Hof - Nürnberg) volkswirtschaftlich vorteilhaft", informiert Kramme über den Inhalt der Stellungnahme.

Auch über das weitere Vorgehen der Elektrifizierung des Teilabschnitts Reichenbach - Hof trifft die Bundesregierung eine Aussage. Dieses Projekt könne nun mit Mitteln aus den Konjunkturpaketen der Bundesregierung finanziert werden. "Dafür muss die Deutsche Bahn aber entsprechende Vorarbeit leisten. Erst wenn die Voraussetzungen für eine Finanzierungsvereinbarung vorliegen und diese unterzeichnet ist, kann eine Aussage über die Höhe der Bundesmittel getroffen werden", so Kramme.

Eindeutig positioniere die Bundesregierung schließlich zum Ausbau der Bahnverbindung Nürnberg - Prag. "Das Verkehrsministerium hält am deutsch-tschechischen Abkommen und damit an der Linienführung via Marktredwitz und Eger fest",

SPD-Abgeordnete Kramme begrüßt Urteil des Bundessozialgerichtes

"Das Bundessozialgericht bestätigt mit seinem Urteil unsere Einschätzung, dass das Sozialgeld für Kinder von Empfängern von Arbeitslosengeld II und die Sozialhilfe für Kinder stärker nach dem Lebensalter differenziert werden muss". Darauf wies jetzt die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hin.

In vielen Briefen und Gesprächen, mit denen sie auf Anfragen aus dem Kreis Bayreuth reagierte, habe sie diese Position deutlich gemacht.

Dies sei für die SPD auch ein wichtiger Punkt in den Verhandlungen zum Konjunkturpaket II gewesen, erklärte Kramme. Darin sei vorgesehen, die Regelsätze für Kinder stärker zu differenzieren und sie für Kinder im Alter von 6 bis 13 mit Wirkung vom 1. Juli 2009 auf 70 Prozent des Eckregelsatzes zu erhöhen.

Konkret bedeute dies für Schulkinder 35 Euro mehr im Monat. "Dies ist ein Erfolg für die Menschen, deren Haushaltsbudget besonders eng ist", hob Anette Kramme hervor. Nach Auskunft der ARGE Landkreis Bayreuth kommen rund 300 Kinder (Stichtag: 11.12.2008) in den Genuss der höheren Leistung. Im Stadtgebiet Bayreuth betrifft die neue Regelung 679 Kinder (Stichtag: 11.12.2008).

Gerade Schulkinder und ihre Eltern seien mit steigenden Ausgaben konfrontiert, weil auf Länderebene die Lernmittelfreiheit eingeschränkt und wegen längerer Unterrichtszeiten immer häufiger in der Schule zu Mittag gegessen werde. Gleichzeitig werde mit dieser Änderung ein wirksamer Beitrag für die Stützung der Nachfrage und damit der Konjunktur geleistet.

Bereits mit dem Konjunkturpaket I habe die Koalition ein Schulbedarfspaket eingeführt, durch das Kinder, deren Familien im SGB II-Bezug leben, zusätzlich 100 Euro pro Schuljahr bekommen, erläutert Kramme weiter. Mit dem Konjunkturpaket II werde zudem für jedes Kind einmalig ein Betrag von 100 Euro gewährt, der nicht auf das Arbeitslosengeld II und die Sozialhilfe angerechnet werde.



Pressemitteilungen

Südmumgebung Forchheim: Baubeginn im Sommer angestrebt

Forchheim profitiert von den Mautmehreinnahmen des Bundes. Die baureife Westtangente der Südmumgebung Forchheim zählt zu den ausgewählten Bundesfernstraßenprojekten, die mit den Mautmehreinnahmen schnellstmöglich realisiert werden sollen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hat sich nun im Bundesverkehrsministerium nach dem Baubeginn für die Westtangente der Südmumgebung erkundigt. Nach Auskunft des Ministeriums sei die bayerische Straßenbauverwaltung mit den notwendigen letzten Bauvorbereitungen derzeit befasst. Der Baubeginn des Projektes werde demnach voraussichtlich im Sommer dieses Jahres erfolgen.

"Mit dieser positiven Perspektive ist für die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Stadtgebiete die ersehnte Entlastung endlich in Sicht", so Anette Kramme erfreut.

Weiterhin hat die Abgeordnete den Stand des angestrebten verbesserten Lärmschutzes entlang der A 73 im Stadtgebiet Forchheim erfragt. "Die Bürgerinnen und Bürger haben aufgrund der von der bayerischen Straßenbauverwaltung damals zu niedrig prognostizierten Verkehrsbelastung einen Anspruch auf Lärmvorsorge", so Anette Kramme. Die Abgeordnete, die sich auch schon persönlich vor Ort ein Bild von der Lärmsituation machen konnte, sieht daher nach wie vor dringenden Handlungsbedarf.

"Entsprechende Planungsvorschläge in der Vergangenheit fanden keinen Konsens bei der Stadt Forchheim und der Straßenbauverwaltung", erklärt Anette Kramme. Nach Auskunft des Verkehrsministeriums hat die bayerische Straßenbauverwaltung neue planerische Überlegungen angestellt, die zeitnah mit der Stadt Forchheim erörtert werden sollen.

"Ein zunächst zwischen Stadt und Freistaat zu verabredendes gemeinsames Lärmschutzkonzept für Forchheim stellt die Voraussetzung für die Erarbeitung entsprechender Projektunterlagen dar, die im nächsten Schritt dem Bundesverkehrsministerium zur Abstimmung übermittelt würden", erklärt die Abgeordnete. Sie hofft, dass in Kürze ein abgestimmtes Ergebnis vorliegt.

Oberfränkische SPD kritisiert Nominierung von Monika Hohlmeier

Mit Kopfschütteln reagierte der oberfränkische SPD-Bezirksverband auf die Nominierung der Oberbayerin Monika Hohlmeier als Spitzenkandidatin der CSU Oberfranken für die Europawahl im kommenden Jahr. "Es ist eine Bankrotterklärung für die oberfränkische CSU, keinen Kandidaten aus den eigenen Reihen zu nominieren, sondern eine von den eigenen Parteifreunden aussortierte Politikerin aus Oberbayern zu präsentieren", sagt die SPD-Bezirksvorsitzende Anette Kramme.

Von dieser Nominierung ginge ein falsches Signal für Oberfranken aus. "Was sollen denn nun die Menschen denken? Dass es keine fähigen Oberfranken gibt?", fragt der Coburger Bundestagsabgeordnete Dr. Carl-Christian Dressel. "Dieser zweite Import von Auswärts ist ein personalpolitischer Offenbarungseid der oberfränkischen CSU", so Dressel weiter.

Ein Alibi-Wohnsitz in der Region mache aus Hohlmeier noch lange keine Kennerin der spezifischen Probleme Oberfrankens. "Wir brauchen in Brüssel Politiker, die sich mit den Schwierigkeiten Oberfrankens bestens auskennen und für unsere Region mit Herzblut Partei ergreifen und keine gescheiterte Postenjägerin, die als Kultusministerin nur durch unüberlegte Schnellschüsse wie das G8 und als Münchner Bezirkschefin durch zahlreiche Affären aufgefallen ist", so die Landtagsabgeordnete Susann Biedefeld.

Bisher kenne Hohlmeier die Region nur aus einem einzigen Besuch als Ministerin. "Nur ein bekannter Name allein reicht nicht aus, um Oberfranken bestmöglich in Brüssel und Strassburg zu vertreten. Wir haben hier in der Region spezifische Probleme, denen es mit regionalem Sachverstand zu begegnen gilt. Dies kann durch Monika Hohlmeier nicht geleistet werden, da sie die Probleme vor Ort überhaupt nicht kennt", so Anette Kramme.



Pressemitteilungen

SPD-Fraktion im Bundestag erkämpft 1,6 Mio Euro für THW

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist in den Verhandlungen zum Haushalt für das Bundesinnenministerium erfolgreich dafür eingetreten, die Kürzungen im Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes um mehr als 1,6 Millionen Euro zu reduzieren. Ursprünglich hatte das CDU-geführte Innenministerium geplant, die Investitionsmittel um über fünf Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr zu senken.

"Die SPD konnte sich jetzt in den Verhandlungen erfolgreich für den Katastrophenschutz einsetzen. Dem Technischen Hilfswerk stehen nun gegenüber den früheren Planungen 1,6 Millionen Euro mehr zur Verfügung, wovon rund 240000 Euro für den Erwerb von Fahrzeugen und 1,4 Millionen Euro für den Kauf von Geräten und Ausrüstungsgegenständen vorgesehen sind", erläutert die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD).

"Eine schnelle und starke Einsatzfähigkeit von Hilfsorganisationen wie dem THW ist uns enorm wichtig. Hier geht es um einen segensreichen Dienst am Menschen, der oft genug Leben rettet und unsere volle Aufmerksamkeit verdient. Hier darf keinesfalls über Gebühr gespart werden.

Bei meinen Besuchen beim THW vor Ort, etwa beim Ortsverband Pegnitz, habe ich erfahren, mit welchem großem Einsatz für den Schutz der Bevölkerung gearbeitet wird. Die Einsatzkräfte sind auf eine funktionstüchtige und moderne Ausstattung angewiesen, die die SPD-Fraktion hat dem Rechnung getragen, darüber freue ich mich außerordentlich", so Kramme weiter.

Lärmschutz am Bamberger Kreuz

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme hat aus dem Bundesverkehrsministerium erfahren, dass beim geplanten Umbau des Bamberger Kreuzes (A 70 / A 73) auch der Einbau eines Lärm mindernden Fahrbahnbelages vorgesehen ist. "Mit dem sog. Flüsterasphalt kann der Lärm um rund 5 dB (A) verringert werden", erklärt MdB Kramme. Daneben sind beim Umbau des Kreuzes auch die bereits vorhandenen bis zu 4,5 m hohen Lärmschutzwände wieder vorgesehen.

Primäres Ziel des Umbaus ist die Verbesserung der Verkehrssicherheit. Zur Minderung bestehender Unfallgefahren und zur leichteren Verflechtung der Verkehrsströme werden nach Auskunft des Berliner Ministeriums trassierungstechnische Anpassungen von Verbindungsrampen vorgenommen sowie Verteilerfahrbahnen an beiden Autobahnen angebaut. "Auf diese Weise soll nicht nur die Verkehrssicherheit sondern auch die Verkehrsqualität erhöht werden. Letztlich wird mit dem Umbau auch die Leistungsfähigkeit des Autobahnkreuzes sichergestellt", so MdB Kramme.

Kramme: „Verbesserter Steuerbonus für Handwerksleistungen“

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) setzt sich für einen verbesserten Steuerbonus für Handwerkerleistungen ein. Wie es in einer Pressemitteilung heißt, müsse das von der Bundesregierung kürzlich beschlossene Maßnahmenpaket zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen vom Deutschen Bundestag im Sinne des Handwerks nachgebessert werden.

"Im parlamentarischen Verfahren werde ich mich dafür einsetzen, dass handwerkliche Tätigkeiten in privaten Haushalten stärker als bisher steuerlich geltend gemacht werden können. Das mittelständische Handwerk muss gerade in der jetzigen Situation gestärkt werden und braucht ein deutliches Signal der Unterstützung", so Kramme. Gleichzeitig werde privaten Haushalten ein zusätzlicher Anreiz gegeben, durch Sanierung von Wohnungen und Häusern mittel- und langfristig Energie zu sparen.

Die Bundesregierung hatte Mitte Oktober beschlossen, für private Haushalte die steuerliche Abzugsfähigkeit für die Beschäftigung von Minijobbern, für die Beauftragung von Kinderbetreuung und Pflegeleistungen und für haushaltsnahe Dienstleistungen wie Garten- Textil- und Gebäudereinigungsleistungen deutlich zu verbessern. Für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durch handwerkliche Betriebe sieht der Regierungsentwurf bisher jedoch keine steuerlichen Verbesserungen vor.



Termine

Samstag, 28. März 2009

- 10.00 Uhr — Unterbezirksparteitag mit Neuwahlen
Landhaus Aichig, Bayreuth
- 18.00 Uhr — Fischessen beim Distrikt Haßlachtal
Gasthaus Resi, Neuckenroth
- 20.00 Uhr — Einweihung Gruppenfahrzeug in Glashütten
Feuerwehrhaus, Glashütten

Montag, 30. März 2009

- 11.00 Uhr — Pressekonferenz des AK Handicap zum behindertengerechten Klinikum
Gaststätte Oscar, Bayreuth
- 17.00 Uhr — Sitzung Wahlkampfteam „Europa“
Schloss Schney, Lichtenfels
- 19.00 Uhr — Bezirksvorstandssitzung
Gaststätte Schormühle, Thurnau

Dienstag, 31. März 2009

- 17.00 Uhr — Sitzung der Bundeswahlkreisorganisation
Parteibüro, Bayreuth
- 19.30 Uhr — Veranstaltung „Arbeit einer Abgeordneten“ des OV Waischenfeld
Gasthaus Jöbstel, Waischenfeld

Mittwoch, 1. April 2009

- 14.00 Uhr — MdB Marianne Schieder zu Gast im Landkreis Bayreuth
Besuch von Bauernhöfen (Themen: Gentechnik, Bio-Landwirtschaft und Milchquote)
- 19.30 Uhr — 20-jähriges Jubiläum OV Poxdorf
Sportheim, Poxdorf

Samstag, 4. April 2009

- 19.00 Uhr — 100-jähriges Jubiläum OV Teuschnitz
Altes Torhaus, Teuschnitz

Freitag, 24. April 2009

- 20.00 Uhr — Jahreshauptversammlung OV Gefrees

Montag, 27. April 2009

- Veranstaltung Gesundheitsfond, OV Memmelsdorf



Termine

Dienstag, 28. April 2009

- 06.00 Uhr — Aktion Rollentausch — Praktikumstag im Klinikum Bamberg
Klinikum, Bamberg

Donnerstag, 30. April 2009

- 10.00 Uhr — Besichtigung REAL-Markt zur Seniorenfreundlichkeit
REAL-Markt, Bayreuth
- 14.15 Uhr — Podiumsdiskussion IGZ zur Zeitarbeit
easy-credit-Stadion, Nürnberg
- 18.00 Uhr — Maikundgebung des OV Altenplos

Freitag, 1. Mai 2009

- 09.30 Uhr — Maifeier des OV Kronach-Gehülz
Gasthaus Popp, Gehülz-Brand

Freitag, 8. Mai 2009

- 10.00 Uhr — Podiumsdiskussion zur Europapolitik
Gymnasium Lichtenfels
- 19.00 Uhr — Bezirkskonferenz der ASF—Frauen verdienen mehr
eventzio, Bad Berneck

Samstag, 9. Mai 2009

- 09.00 Uhr — Infostand des OV Meyernberg
Busrondell, Bayreuth
- 15.00 Uhr — Veranstaltung zur Europawahl des OV Innenstadt
Kleingartenkolonie am Festspielhaus, Bayreuth

Freitag, 15. Mai 2009

- 20.00 Uhr — Jahreshauptversammlung OV Speichersdorf
Gasthaus Kreuzer, Speichersdorf

Montag, 18. Mai 2009

- 10.00 Uhr — MdEP Wolfgang Kreissl-Dörfler zu Gast in Oberfranken

Dienstag, 19. Mai 2009

- 10.00 Uhr — MDB Florian Pronold zu Gast in Oberfranken

Mittwoch, 20. Mai 2009

- 11.00 Uhr — Europaminister Günter Gloser zu Gast im Landkreis Bayreuth



Termine

Samstag, 23. Mai 2009

- 10.00 Uhr — Wahl der Bundespräsidentin
Bundeswahlversammlung, Berlin

Sonntag, 24. Mai 2009

- 14.00 Uhr — Tag des Kinders mit Kinderfest des OV Speichersdorf

Freitag, 29. Mai 2009

- 20.00 Uhr — Versammlung OV Mistelbach
Gaststätte Großmann, Mistelbach

Samstag, 6. Juni 2009

- 100-jähriges Jubiläum OV Kirchenlamitz
Festrede: Franz Maget

Sonntag, 7. Juni 2009

- Europawahl

Freitag, 19. Juni 2009

- 19.00 Uhr — Sozialempfang in Speichersdorf

Dienstag, 7. Juli 2009

- MdL Hans-Ulrich Pfaffmann zu Gast in Waischenfeld

Donnerstag, 9. Juli 2009

- 15.00 Uhr — Mitarbeitervertretung Dekanat Coburg — Referat zur Alternteilzeit
Gemeindehaus Ebersdorf, Coburg

Samstag, 11. Juli 2009

- 18.00 Uhr — Kreisfeuerwehrtag Gesees, Festkommers
Festzelt, Gesees

Sonntag, 12. Juli 2009

- 13.00 Uhr — Kreisfeuerwehrtag Gesses, Festumzug



Termine

Montag, 13. Juli 2009

- 10.00 Uhr — Wiesenfest in Gefrees, Umzug

Donnerstag, 16. Juli 2009

- MdB Marlene Rupprecht zu Gast in Oberfranken

Sonntag, 19. Juli 2009

- 15.00 Uhr — Marktplatzfest in Plech

Donnerstag, 23. Juli 2009

- 13.00 Uhr — MdB Silvia Schmidt zu Gast im Landkreis Bayreuth

Sonntag, 25. Juli 2009

- 10.00 Uhr — Bundesjustizministerin Brigitte Zypries zu Gast in Bayreuth

Montag, 3. August 2009

- 15.30 Uhr — Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee zu Gast in Bayreuth

Donnerstag, 6. Juli 2009

- Staatssekretär Michael Müller zu Gast in Oberfranken

Sonntag, 9. August 2009

- 15.00 Uhr — 100-jähriges Jubiläum des OV Ellertal
Festredner: Ludwig Stiegler

Sonntag, 23. August 2009

- OV Altenplos — Straßenfest

Freitag, 4. September 2009

- Veranstaltung des OV Speichersdorf zur Bundestagswahl

Sonntag, 6. September 2009

- Veranstaltung zur Kreuzer Kerwa
Festredner wird noch bekannt gegeben

Dienstag, 8. September 2009

- MdB Florian Pronold zu Gast in Oberfranken

Mittwoch, 9. September 2009

- MdB Florian Pronold zu Gast in Oberfranken



Termine

Donnerstag, 10. September 2009

- Ehrungsabend des OV Eckersdorf

Freitag, 11. September 2009

- Ehrungsabend des OV Mistelbach

Samstag, 12. September 2009

- Schulbanneraktion des OV Meyernberg
- 16.00 Uhr — Preisverleihung Beachvolleyballturnier des OV Speichersdorf

Samstag, 19. September 2009

- 17.00 Uhr — Dorffest in Eckersdorf

Sonntag, 27. September 2009

- Bundestagswahl